



# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

## Protokoll

der 14. Sitzung, Amtsjahr 2009-2010 (ausserordentliche Sitzung)

Samstag, den 13. Juni 2009, um 09:00 Uhr

**Vorsitz:** *Patrick Hafner, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, Leiterin Ratsdienste*  
*Alex Hagen, Textfassung Wortprotokoll*

**Abwesende:**

13. Juni 2009, 09:00 Uhr  
14. Sitzung  
*Sibel Arslan (GB), Sibylle Benz (SP), Patrizia Bernasconi (GB),  
Peter Bochler (EVP/DSP), Andrea Bollinger (SP), Conradin Cramer (LDP),  
Felix Eymann (EVP/DSP), Brigitta Gerber (GB), Oskar Herzig (SVP),  
Ursula Metzger (SP), Bülent Pekerman (GLP), Annemarie Pfeifer (EVP/DSP),  
Martina Saner (SP), Francisca Schiess (SP), Urs Schweizer (FDP),  
Tanja Soland (SP), Jürg Stöcklin (GB), Daniel Stolz (FDP), Mehmet Turan (SP),  
Andreas Ungricht (SVP), Heiner Vischer (LDP), Dieter Werthemann (GLP).*

**Verhandlungsgegenstände:**

|   |     |
|---|-----|
| Begrüssung.....   | 368 |
| Bereich Finanzen / Wirtschaft.....  | 368 |
| Diskussion über die aktuelle Finanz- und Wirtschaftspolitik des Kantons Basel-Stadt ..... | 371 |
| Bereich Pensionskasse Basel-Stadt.....  | 378 |
| Diskussion über die Politik der Basler Pensionskasse .....                                | 380 |
| Reaktionen einzelner Grossratsmitglieder .....  | 384 |
| Schlusswort .....   | 387 |

**Präsentationen zu den Referaten:**

*RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU):*  
[www.grosserrat.bs.ch/geschaefte\\_dokumente/\\_/gr-sitzungen/0910/20090613/Folien\\_Brutschin.pdf](http://www.grosserrat.bs.ch/geschaefte_dokumente/_/gr-sitzungen/0910/20090613/Folien_Brutschin.pdf)

*RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD):*  
[www.grosserrat.bs.ch/geschaefte\\_dokumente/\\_/gr-sitzungen/0910/20090613/Folien\\_Herzog.pdf](http://www.grosserrat.bs.ch/geschaefte_dokumente/_/gr-sitzungen/0910/20090613/Folien_Herzog.pdf)

*Werner Messmer, ehem. VR-Präsident PK:*  
[www.grosserrat.bs.ch/geschaefte\\_dokumente/\\_/gr-sitzungen/0910/20090613/Folien\\_Messmer.pdf](http://www.grosserrat.bs.ch/geschaefte_dokumente/_/gr-sitzungen/0910/20090613/Folien_Messmer.pdf)

## Beginn der 14. Sitzung

Samstag, 13. Juni 2009, 09:00 Uhr

## Begrüssung

[13.06.09 09:00:40]

*Hafner Patrick:* Ich begrüsse Sie zur ausserordentlichen Sitzung. Im Speziellen begrüsse ich die Mitglieder des Regierungsrates und richte ein herzliches Willkommen an unsere Gäste. Die heutige ausserordentliche Sitzung ist zwei wichtigen Themen gewidmet. Wir haben zwar eine Tagesordnung, haben aber nicht - wie üblich - eine Rednerliste; die Redner sind gemäss Tagesordnung aufgeführt. Es wird aber möglich sein, sich im letzten Teil zu melden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn sie möglichst im Ratssaal bleiben könnten. Es wird um 10:15 Uhr eine offizielle Pause geben.

Ich habe Telebasel die Bewilligung erteilt, Aufnahmen zu machen.

## Bereich Finanzen / Wirtschaft

[13.06.09 09:05:49]

*RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU):* Ich bedanke mich für die Möglichkeit, in Kürze einen Rückblick über die Entwicklung zu geben, die zu dieser Situation geführt hat. Ausgangspunkt der Krise ist die Jahrtausendwende als in den Jahren 2000/2001 die New Economy-Blase platzte. Damals war es möglich, mit fünf Studenten und einem einigermaßen laufenden EDV-Programm an die Börse zu gehen. Das Platzen dieser Blase hat dazu geführt, dass die Wirtschaft eingebrochen ist, worauf die Zentralbanken mit einer reichlichen Geldversorgung reagiert haben. Das hat zu sinkenden Zinsen geführt. Das billige Geld wollte gut angelegt sein. Es kam die Idee auf, zweitklassige Hypotheken zu verbriefen und handelbar zu machen. Hierfür waren aber die Nachfragebeziehungen nicht mehr transparent nachvollziehbar. In den Jahren 2004/2005 hat die US-amerikanische Zentralbank die Geldbremse angezogen, worauf die Zinsentwicklung relativ stark reagiert hat. Das führte dazu, dass Teile der oben genannten Hypotheken nicht mehr bedient werden konnten, was seinerseits zu Privatkonkursen führte. In der Folge entstanden Probleme bei den Banken. Wie sich die Situation im Bankensektor weiterentwickelt ist Ihnen bekannt. Tragisch war aber, dass diese Problematik auch auf die Realwirtschaft überschwappte.

Trotz einer Stabilisierung des privaten Konsums, gab es erste Nachfrageschwächungen bei den dauerhaften Konsumgütern. Die Leute wurden zurückhaltender. Plötzlich merkte insbesondere die Automobilindustrie, dass sie über grosse Vorräte verfügte, während die Bestellungen zurückgingen. Das wiederum brachte für die Zulieferbetriebe der Automobilindustrie Probleme, die dazu führten, dass diese Betriebe keine Produktionsmaschinen bestellten, womit die Krise auch unsere Märkte überschwappte. Auch die Basler Wirtschaft ist betroffen, wenn auch weniger stark als andere Wirtschaften. Die Investitionen, der Export und die Beschäftigungsrate sind rückläufig, während die Arbeitslosigkeit und die Zahl der Sozialfälle steigen.

Wir haben einen Wirtschaftseinbruch. Die Wirtschaftsprognosen werden momentan alle zwei bis drei Wochen revidiert. Entscheidender als die absolute Grössenordnung ist die relative Einordnung. Die BAK hat für die Schweizer Wirtschaft einen Rückgang um 2,1 Prozent prognostiziert; gestern ist in der Presse gar die Zahl 2,5 Prozent kursiert. Entscheidend ist, dass Basel-Stadt gemäss diesen Prognosen mit -0,2 Prozent weniger stark betroffen sein wird. Es ist davon auszugehen, dass dieser Rückgang stärker sein wird, weil auch die Gesamtentwicklung schlechter eingestuft worden ist. Wir können aber zur Kenntnis nehmen, dass es gute Gründe zur Annahme gibt, dass unsere Region weniger stark betroffen sein wird, während auch die Schweiz weniger stark betroffen sein wird als andere Industrienationen in der OECD. Ob es dann im Jahre 2010 wieder positive Wachstumsraten dieses Ausmasses geben wird, sind sich die Auguren nicht einig. Die Konjunkturforschungsstelle der ETH ist diesbezüglich skeptischer; sie geht davon aus, dass dieser Aufschwung mehr Zeit in Anspruch nehmen wird.

Bei der Beschäftigungslosenquote stehen wir ebenfalls vor einer Entwicklung, die grundsätzlich nach oben zeigt; die Beschäftigungslosenzahlen nehmen zu. In Basel-Stadt ist eine Zunahme um einem Viertel seit dem letzten Oktober zu verzeichnen. Es ist aber erstaunlich, dass der Unterschied zur schweizweiten Beschäftigungslosenquote, der in der Regel plus 0,5 Prozent betrug, auf 0,1 Prozent geschmolzen ist. Der aktuelle Stand ist 3,6 Prozent.

Ich komme auf die Branchenstruktur zu sprechen. Der Grund, weshalb wir etwas weniger stark betroffen sein werden, ist mit der grossen Bedeutung der Life-Sciences verbunden, welche sich bisher als sehr resistent gegenüber dieser Rezession erwiesen hat. Im Vergleich mit anderen Schweizer Städten dieser Grössenordnung haben wir einen unterdurchschnittlich grossen Finanzplatz. Es war aber die Finanzbranche, die besonders stark betroffen war, was bei uns anteilmässig eben weniger stark anfällt.

Der Kanton Basel-Stadt ist aktuell einigermaßen gut aufgestellt. Wir haben aus Umfragen zur Kenntnis zu nehmen, dass die Arbeitsvorräte schrumpfen - teilweise dramatisch. Wir stellen eine Zurückhaltung bei Investitionen fest, was

entsprechende Folgewirkungen hat; Zurückhaltung ist auch bei Neuanstellungen feststellbar. Auch das Konsumverhalten ist rückläufig. Der private Konsum ist aber weiterhin eine starke Stütze. Das BIP war im dritten und vierten Quartal negativ. Per definitionem spricht man, wenn in zwei aufeinander folgenden Quartalen negative Wachstumsraten festgestellt werden müssen, von Rezession. Wir haben eine massive Zunahme von Kurzarbeit zu verzeichnen. Allein bis zum 15. April wurden 85 Kurzarbeitsgesuche genehmigt; das ist mehr als in den letzten drei Jahren insgesamt. Es machen also auch sehr viele Unternehmen in Basel-Stadt von diesem Instrument Gebrauch.

Massnahmen zur Stützung der Konjunktur waren hier im Grossen Rat bereits ein Thema, weil viele dieser Massnahmen der Genehmigung des Grossen Rates bedurften. Wie Sie wissen, wurde im Dezember 2008 eine Arbeitsgruppe unter der Federführung des Amtes für Wirtschaft und Arbeit eingesetzt. Diese Gruppe hat regelmässig berichtet. Von Anfang an war klar: Was für offene Volkswirtschaften im Allgemeinen gilt, gilt für Basel-Stadt noch mehr. Jede Massnahme, die wir treffen, birgt die Gefahr in sich, dass sie nicht hier, sondern anderswo wirkt. Die Einflussmöglichkeiten waren also von Anfang an begrenzt. Ziel ist es, da, wo möglich, zu stützen. In Anlehnung an das Vorgehen des Bundes ein dreistufiges Verfahren gewählt. Über die ersten beiden Stufen haben Sie bereits beraten. Die dritte Stufe ist davon abhängig, ob der Bundesrat am kommenden Mittwoch wie vorgesehen die dritte Stufe auf Bundesebene beschliesst. Dann werden wir sehen, ob wir uns an diese Massnahmen anlehnen und deren Wirkung verstärken können. Ziel war es auch, schnell umsetzbare und schnell wirksame Massnahmen zu treffen. Wir möchten die Kosten im Auge behalten, ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis erreichen und Investitionen tätigen, die mithelfen, ein späteres Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Bei allen Massnahmen haben wir immer auch geprüft, ob es nicht klüger wäre, nichts zu tun.

In den beiden ersten Massnahmenstufen laufen Investitionen von rund CHF 10 Mio. in Stadtgestaltung und Allmendinfrastruktur - ein Vorziehen von Investitionen die schon in Planung waren -, wir haben zudem die Solarstrombörse massiv ausgebaut, wir haben die Förderabgabe und die Gewinnablieferung aus den Stromtarifen gesenkt und damit für mehr Kaufkraft bei den Konsumentinnen und Konsumenten und den Unternehmen gesorgt. Das Steuerpaket wirkt genau im richtigen Moment. Auf die Neuinvestitionen kommen wir noch zu sprechen. Ein weiterer wichtiger Bereich sind die energetischen Gebäudesanierungen. Mit diesen zusätzlichen Mitteln des Bundes können wir mehr als CHF 12 Mio. für diesen Zweck verwenden. Als Ergebnis von Budgetpostulaten kann auch das Velonetz ausgebaut werden. Wir haben weiters eine Eingabe beim Bund gemacht, ein Technologiecenter einrichten zu dürfen, für welches wir Bundesmittel beantragt haben. Wir haben am Impulsprogramm zur Tourismusförderung mitgemacht; diese CHF 75 Mio. sollten in etwa das Dreifache an Mitteln vonseiten des Bundes und der nationalen Tourismusförderungsinstitutionen auslösen. Der Tourismus ist für Basel-Stadt wichtig. Er bietet Beschäftigung für Personen mit geringeren Berufsqualifikationen. Es ist nämlich problematisch, vorzusehen, dass die Beschäftigungszahlen nicht zu stark steigen. Wir müssen in diesem Zusammenhang insbesondere diejenigen Personen im Auge behalten, deren Schulrucksack etwas leichter ist. Auch das Projekt des Ausbaus des Glasfasernetzes wollen wir rascher vorantreiben. Die Swisscom ist ein harter Verhandlungspartner; es findet aber ein konstruktiver Dialog statt. Ich bin sicher, dass wir dieses Projekt rascher beenden können, als ursprünglich geplant war.

Zur Stufe 3 möchte ich Folgendes sagen: Mit diesen Massnahmen soll der Konsum gestützt werden. Wir gehen davon aus, dass sich ab August die Beschäftigungslosenzahlen stark nach oben bewegen werden, was damit zusammenhängt, dass allein in Basel-Stadt rund 2000 Lernende ihre Ausbildungsverhältnisse beenden werden und wir nicht wissen, wie rasch diese Personen eine Anstellung finden werden. Zunächst möchten wir die Möglichkeiten bei der Arbeitslosenversicherung ausreizen; wir haben dort rund CHF 2 Mio. Spielraum. Wir möchten beispielsweise auch Unternehmen dabei unterstützen, Berufspraktika nach Lehrabschluss anzubieten, wobei wir mit Zuschüssen allfällige Mehrkosten bei der Infrastruktur kompensieren könnten. Es ist uns wichtig, dass die Leute in der Beschäftigungssituation verbleiben und von dort aus, eine neue Stelle suchen können. Das Nachholen einer Berufsausbildung zählt ebenfalls zu diesen Massnahmen, die das Berufsbildungsgesetz vorsieht und die wir fördern wollen. In Situationen, in denen Arbeitnehmer kurz vor der Rente stehen, möchten wir integrativ wirken; wir möchten auch die Arbeitsmarktfähigkeit mittels der Stärkung der Sprachkompetenz fördern. Auch Qualifikationsmassnahmen von Sozialhilfebeziehenden sollen nicht ausser Acht gelassen werden. Es darf nämlich nicht sein, dass Personen, die Sozialhilfe beziehen, für immer solche beziehen. Wir müssen ein grosses Interesse daran haben, dass diese Personen wieder in den Arbeitsprozess integriert werden.

Ausblick: Es ist davon auszugehen, dass die chemische Industrie weiterhin wachsen wird. Wir können von Glück sprechen, dass dem so ist. Die Bedeutung der chemisch-pharmazeutischen Industrie und der Interpharma-Unternehmen sei dadurch belegt, dass die Forschungsausgaben dieser Unternehmen sechsmal so hoch sind, wie der Umsatz, den sie in der Schweiz erzielen. Wir können also von Glück sprechen, dass wir diese Industrie an unserem Standort haben. Sämtliche andere Branchen, die negative Wachstumsraten aufweisen, sind bei uns nicht derart stark vertreten.

*RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD):* Ich möchte ein paar Ausführungen zu den Auswirkungen dieser Krise auf den Staatshaushalt von Basel-Stadt machen.

Der Deckungsgrad der Pensionskasse ist durch die Finanzkrise auf unter 95 Prozent gesunken, was bedeutet, dass wir Sanierungsmassnahmen ergreifen müssen. Die Sozialhilfekosten werden ansteigen, während die Steuereinnahmen sinken werden. Der Saldo der laufenden Rechnung wird in den kommenden Jahren negativ werden. Das Investitionsvolumen wird weiterhin zunehmen, wobei die Verschuldung ebenfalls zunehmen wird.

Mit Blick auf die Rechnung 2008 können wir von einer guten Ausgangslage sprechen. Wir haben nämlich einen

Überschuss in der laufenden Rechnung zu verzeichnen, der ohne die PK-Rückstellung an die CHF 700 Mio. betragen würde. Wie Sie wissen, haben wir eine Rückstellung von CHF 636 Mio. vorgesehen. Der Saldo wird aber positiv bleiben; auch der Finanzierungssaldo wird positiv bleiben. Wir werden Schulden in der Höhe von CHF 80 Mio. abbauen können. Die Nettoschulden werden wie in den vergangenen Jahren sinken; die Nettoschuldquote wird von 5,5 auf 5,1 Promille sinken. Verantwortlich hierfür ist natürlich die ausgezeichnete wirtschaftliche Gang im Jahr 2007. Auch wenn wir keine Steuereinnahmen von einzelnen grossen Exponenten des Finanzbereiches - vor allem von einem Exponenten - verzeichnen konnten, war es möglich, den Saldo positiv zu halten, weil die Steuereinnahmen von der chemisch-pharmazeutischen Industrie diese Lücke kompensierten. Zu dieser guten Ausgangslage hat auch die strenge Ausgabendisziplin. Der ordentliche Nettoaufwand ist ohne die PK-Rückstellung gesunken. Wir starten also aus einer ausgezeichneten Ausgangslage in diese Rezession.

Es ist sehr schwierig, Ihnen eine tagesaktualisierte Übersicht über den Staatshaushalt zu geben. Es ist auch sehr schwierig abzuschätzen, wie er sich in den nächsten Jahren entwickeln wird. Die prognostizierten Werte, die auf das Jahr 2010 ein Wachstum voraussagten, werden wohl nach unten zu revidieren sein. Wie es Regierungsrat Christoph Brutschin gesagt hat, geht es darum, diese Werte auch in Relation zu setzen zur gesamtschweizerischen oder zur europäischen Situation. Basel-Stadt dürfte weniger betroffen sein als die Schweiz, die EU oder die Welt.

Zu den konkreten Auswirkungen: Einnahmenseitig war für das Jahr 2008 ein Rekordhoch zu verzeichnen. Wir gehen von einem starken Rückgang der Einnahmen aus. Im Jahr 2009 wird aber das Steuerpaket zu wirken beginnen, was zu Mindereinnahmen von rund CHF 150 Mio. führen wird. Ab Ende 2009 und auf das Jahr 2010 hin wird die Krise zum Sinken der Steuereinnahmen führen. Der hohe Anteil an juristischen Personen, der in guten Zeiten naturgemäss ansteigt, wird in Krisenzeiten rückläufig sein.

Ausgabenseitig gehen wir von zusätzlichen Kosten infolge der Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Sozialhilfefälle aus. Es wird zunächst die Arbeitslosigkeit ansteigen, worauf nachgelagert auch die Kosten in der Sozialhilfe zunehmen werden. Mit einer gewissen Verzögerung werden diese Kosten steigen und länger auf einem höheren Niveau sich halten.

Die geschilderte Lage wird zu Defiziten führen. Für das Jahr 2009 haben wir zwar noch einen Überschuss budgetiert. Die Hochrechnungen bestätigen, dass wir diesen Überschuss sehr wahrscheinlich erzielen werden. Ab dem Jahr 2010 werden wir deutliche Defizite von bis zu CHF 200 Mio. schreiben müssen. Tendenziell werden wir nach den "tiefen" Jahren 2011 und 2012 im Jahr 2013 eine Verbesserung der Lage erreichen, was aber von der Entwicklung der Wirtschaft abhängig ist, die ihrerseits schwierig einzuschätzen ist.

Bei den Konjunkturprogrammen ging es immer um Investitionen. Wir haben uns stets sehr gut überlegt, welche zusätzlichen Investitionen wir tätigen wollen. Schon in den vergangenen Jahren hatten wir viele mehrjährige Grossprojekte in der Rechnung, die unser Investitionsniveau angehoben haben. Zu Beginn der Krise haben wir uns entschieden, dieses Niveau sicherlich nicht zu senken. Die Anhebungen des Investitionsniveaus, die der Grosse Rat für die Jahre 2009/2010 beschlossen hat, sind im Vergleich zum eigentlichen Investitionsniveau nicht gross; es handelt sich um einige wenige Millionen Franken, deren Investition wir vor allem vorziehen. Diese wichtigen Investitionen führen aber natürlich zu negativen Finanzierungssaldi der nächsten Jahre und zu einem erneuten Anstieg der Verschuldung, womit die Entwicklung der letzten Jahre durchbrochen wird. Finanzierungssaldi von rund CHF 300 Mio. führen zu einer Neuverschuldung.

Wir werden näher an die maximale Nettoschuldenquote, die Steuerungsgrösse unserer Schuldenbremse, kommen. Wir sind aber immer noch weit genug von ihr entfernt, vorausgesetzt, dass sich die Krise nicht bedeutend verschärft. Wir haben ein paar Jahre Zeit, um zu reagieren. Sollte sich die Lage verschlechtern, müssten wir auf der Ausgabenseite weitere Massnahmen ergreifen.

Fazit: Es ist schwierig zu sagen, wie sich der Staatshaushalt, wie sich die Wirtschaft in Basel-Stadt entwickeln wird. Wir wissen aber, dass wir weniger betroffen sind, wie alle Prognosen bestätigen. Ob tatsächlich schon im Jahre 2010 eine Erholung eintreffen wird, ist noch offen. Wir werden gut beobachten, wie wir uns künftig zu verhalten haben.

## Diskussion über die aktuelle Finanz- und Wirtschaftspolitik des Kantons Basel-Stadt

[13.06.09 09:27:56]

*Patrick Hafner, Grossratspräsident:* Ich begrüsse zum folgenden Traktandum neben Regierungsrätin Eva Herzog und Regierungsrat Christoph Brutschin Herrn Prof. Dr. Peter Kugler, Leiter monetäre Makroökonomie am WWZ, und Herrn Sven Thali, vorsitzender Geschäftsleiter der Alternativen Bank ABS Olten. Die Diskussion wird moderiert durch Rainer Borer, Leiter Wirtschaftsredaktion Radio DRS.

*Rainer Borer, Moderator:* Die beiden verantwortlichen Regierungsräte haben die Auslegeordnung zur Finanz- und Wirtschaftslage des Kantons geschildert. Anlässlich dieser Diskussion werden wir einige Punkte vertiefen und kritisch hinterfragen.

Es handelt sich heute um eine Informationssitzung; die Debatten werden anderntags stattfinden. Sie haben aber die Möglichkeit, sich in die Diskussion einzubringen, indem Sie mittels Ihrer roten Karte signalisieren, dass Sie sich zu Wort melden wollen. Ich bitte Sie aber, Ihre Karte moderat einzusetzen.

Peter Kugler, tönt für Sie die geschilderte Analyse der Finanzsituation von Basel plausibel?

*Peter Kugler, WWZ:* Ich kann generell die Einschätzung teilen. In der Tat profitiert die Region von der Branchenstruktur, sodass die Rezession weit weniger ausgeprägt sein wird als im Rest der Schweiz und als in anderen OECD-Ländern.

*Rainer Borer, Moderator:* Die Prognosen werden aber dauernd nach unten korrigiert. Die KOF geht mittlerweile von -3,3 Prozent Wachstum aus. Kann man die hier geschilderten Prognosen für das Jahr 2009 wirklich aufrechterhalten, Regierungsrätin Eva Herzog?

*RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD):* Die von Ihnen genannte Zahl von -3,3 Prozent ist ein gesamtschweizerischer Wert. Ich denke, dass auch die KOF für Basel nicht diesen Prozentsatz nennen würde. Zudem geht die BAK von einem Wachstum von -2,5 Prozent aus. Diese Prognosen für das Jahr 2009 aufrechtzuerhalten, ist nicht so schwierig; diese Zahlen werden wir erreichen, weil sie im Wesentlichen auf den Zahlen aus dem Jahr 2008 basieren. Die Prognosen für das Jahr 2010 hingegen sind schwierig zu erhärten. Es ist schwer, präzise abzuschätzen, wie stark uns die Krise treffen wird.

*Rainer Borer, Moderator:* Sie sind also optimistisch, dass die Rechnung 2009 schwarz bleiben wird?

*RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD):* Ja. Bisher gibt es noch keine Anzeichen, dass wir massiv nach unten korrigieren müssten. Das Jahr 2008 war ein sehr gutes Jahr. Da unsere Zahlen für das Jahr 2009 auf diesem guten Jahr beruhen, kann man diese Aussage treffen.

*Rainer Borer, Moderator:* Sven Thali, finden Sie die Massnahmen, die von Regierungsrat Christoph Brutschin skizziert worden sind, für den Kanton Basel-Stadt angemessen?

*Sven Thali, Alternative Bank ABS:* Ich finde es wichtig, dass man das Beste aus der Situation macht. Hierzu gehören auch Konjunkturstützungsprogramme. Solche Programme sollen in eine Richtung gehen, die eben auch einen neuen Weg aufzeigen kann. Eine Rezession soll nämlich auch eine Denkpause sein. Die Wirtschaft darf einen Moment lang krank sein, hoffentlich nicht zu lange. Wenn man sich dann überlegt, wohin man in Zukunft gehen möchte, ob man in die alternativen Energien investieren möchte oder ob man in neue Formen von Mobilität, in neue Motoren investieren möchte, ist es auch für diesen Kanton der richtige Weg, in die genannten Bereiche zu investieren und dort die Konjunktur zu stützen. Die drei Stützungsprogramme weisen also in die richtige Richtung.

*Rainer Borer, Moderator:* Regierungsrat Christoph Brutschin, Sie haben erwähnt, dass die Einflussmöglichkeiten eines Kantons beschränkt seien, um eine Krise abzdämpfen. Sie sind aber nicht ein Freund von Konjunkturstützungen, oder?

*RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltsdepartementes (WSU):* Wir machen das, was wir für sinnvoll erachten: Es werden bereits beschlossene Massnahmen vorgezogen, wie diese Investitionen in die energetischen Gebäudesanierungen. Wir haben diesbezüglich die definitive Zusage des Bundes über CHF

7'500'000 erhalten. Dieser Betrag ist abhängig davon, welchen Beitrag der Kanton liefert; insgesamt stehen hierfür fast CHF 15 Mio. zur Verfügung. Nur Bern, Zürich und Thurgau liegen bei diesen Massnahmen vor uns, alle anderen Kantone machen weniger. Das zeigt also, dass wir in diesem Bereich wirklich etwas machen. Wenn ich darauf hinweise, dass unsere Einflussmöglichkeiten gering seien, möchte ich sagen, dass das Kanton Basel-Stadt nicht in der Lage ist, die Krise zu stoppen. Bei unserer hohen Importquote ist damit zu rechnen, dass Massnahmen, mit denen wir unseren Privatkonsum stützen, auch in der Schweiz und der übrigen Welt nachfragewirksam sind. Wenn alle solche Massnahmen treffen, helfen wir einander gegenseitig; hoffen wir, dass alle so handeln. Ich möchte davor warnen, zu glauben, dass wir Wunder vollbringen könnten. Wir wollen, das ist uns ganz wichtig, die automatischen Stabilisatoren, die den Privatkonsum stützen, stärken. Ich denke hierbei beispielsweise, dass im Bereich der Sozialhilfe die Beiträge ausgerichtet werden, damit die Konsumausgaben weiter getätigt werden können. Es ist auch besonders wichtig, dass die Lehrabgänger, die im Sommer auf den Arbeitsmarkt kommen, Beschäftigung finden und damit auch wieder Nachfrage auslösen können.

*Rainer Borer, Moderator:* Ich möchte der Frage nachgehen, inwiefern Kantone im Allgemeinen und der Kanton Basel-Stadt im Besonderen mithelfen können, die Situation abzufedern. Peter Kugler, in den letzten Krisen haben sich die Kantone nicht sehr gut verhalten, indem sie beispielsweise das antizyklische Verhalten des Bundes kompensiert haben, weil sie zu sparsam waren. Sehen Sie Zeichen für einer Besserung; hat man aus der Vergangenheit gelernt?

*Peter Kugler, WWZ:* Ja, ich denke schon. Als Monetarist bin ich generell skeptisch gegenüber Konjunkturprogrammen eingestellt. Mit dieser Aussage möchte ich dazu beitragen, hier nicht allzu viel Harmonie Platz zu geben. Wie es Regierungsrat Christoph Brutschin erwähnt hat, besteht das Problem in einer kleinen Volkswirtschaft, das viel von solchen Massnahmen im "Ausland" nachfragewirksam sind. Neben der Offenheit und der Kleinheit der Basler Volkswirtschaft ist eine weitere Besonderheit, dass ein grosser Teil der hier Erwerbstätigen nicht im Kanton wohnhaft sind. Das ist auch ein Grund, weshalb Einkommen, das hier generiert wird, abfließt und an anderen Orten wirksam wird. Solche Massnahmen würden höchstens eine Wirkung erreichen, wenn sie mit den anderen Kantonen koordiniert würden. Somit steht man vor einem spieltheoretischen Problem, dass man verlangt, dass der andere anfangen soll. Ein anderer Aspekt ist, dass viele dieser Massnahmen der öffentlichen Hand sich zugunsten des Bausektors auswirken, obschon es dem Bausektor zurzeit sehr gut geht.

Man sollte aber vermeiden, in Zeiten einer Krise den Staatshaushalt durch massive Sparmassnahmen zu sanieren, wie man es in den 1990er Jahren getan hat. Man sollte nicht sparen, aber auch nicht zu viel ausgeben.

*Rainer Borer, Moderator:* Der Kanton Basel-Stadt hat die Investitionen erhöht, was vielleicht ein Glücksfall ist, sicherlich aber eine Folge der guten Jahre. Hat man die Investitionen im Hinblick auf die Krise erhöht oder handelt es sich hierbei um eine ungewollte Gleichzeitigkeit?

*RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltsdepartementes (WSU):* Ich war nicht dabei, als dieser Entscheid gefällt wurde. Wie das Steuerpaket kommen diese Massnahmen im genau richtigen Moment. Die Infrastruktur zu pflegen ist notwendig, die Kosten holen uns nämlich immer ein. Wenn man die bestehende Infrastruktur nicht pflegt, erneuert usw., entstehen später umso höhere Kosten.

Als öffentliche Hand können wir keine Exportaufträge für die Maschinenindustrie generieren; es bleibt uns also nichts anderes übrig, als im Bausektor zu investieren. Wir wissen, dass die Auftragslage gut ist, hören aber ein Klagen von Exponenten des Tiefbausektors, wonach die Arbeitsvorräte bereits abnehmen würden. Ich bin überzeugt, dass diese Krise auch den Baubereich treffen wird. Es sind noch nicht alle Vorhaben ausführungsfähig. Da die Bauwirtschaft so beschäftigungswirksam ist, hoffe ich, dass wir einen kleinen Beitrag leisten können, damit die Auslastung in diesem Bereich nicht zu stark leiden muss.

*Rainer Borer, Moderator:* Eva Herzog, sind diese Mehrinvestitionen eine Folge der fetten Jahre oder eine vorausschauende Massnahme hinsichtlich der Krise?

*RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD):* Diese Mehrinvestitionen gehen weder auf die fetten Jahre noch auf antizyklische Überlegungen zurück. Diese Mehrinvestitionen gehen auf die Überlegungen zurück, welche Projekte wir für die nachhaltige Stützung und Förderung unseres Standortes brauchen. Es handelt sich hierbei um Grossprojekte, um Uni-Bauten, die wir zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft erstellen, um Renovierungen von Spitalbauten; es handelt sich um Investitionen, die wir tätigen müssen, damit Basel nachhaltig als Standort bestehen kann. Es handelt sich um eine sehr langfristige Planung. Diese ist zum jetzigen Zeitpunkt richtig und man muss an ihr festhalten, damit der Standort Basel-Stadt nach der Krise gut aufgestellt ist.

Was das Steuerpaket betrifft, haben wir den Spielraum ausgenutzt, der unseren Staatshaushalt auch auf lange Sicht nicht schädigt. Die Steuersenkungen sind aber auch zugunsten unseres Standortes in einem Ausmass ausgefallen, der nicht dazu beitragen wird, uns in eine neue Verschuldung zu führen. Es ist - wie Peter Kugler gesagt hat - richtig

und wichtig, den Courant normal weiterzuführen. Das versuchen wir und ist wohl momentan die beste Massnahme.

*Roland Vögtli (FDP):* Wir sprechen jetzt von der Wirtschaftskrise. Warum sprechen nicht auch über die Sanierung der Pensionskasse, haben wir doch eine Rückstellung vorgesehen?

*Rainer Borer, Moderator:* Auf diese Fragestellung werden wir im zweiten Teil der Diskussion zu sprechen kommen.

*RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD):* Auch wenn es in der Tagesordnung für später vorgesehen ist, schon jetzt hierauf eine kurze Antwort. Wie Sie der Rechnung entnehmen können, hat die vorgesehene Rückstellung in der Rechnung und in der Finanzplanung Platz. Unsere Verschuldung wird deswegen nicht übermässig erhöht. Mit dieser Rückstellung, welche den Arbeitgeberanteil der Deckungslücke betrifft, wäre die Sanierung vonseiten des Staates abgeschlossen.

*Rainer Borer, Moderator:* Hätte man mit diesen CHF 636 Mio. nicht auch Gescheiteres tun können?

*RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD):* Ich will nicht bestreiten, dass man etwas anderes mit diesem Geld hätte machen können. Ob das Andere gescheiter ist oder nicht - es ist Sache des Parlamentes, das zu entscheiden.

*Rainer Borer, Moderator:* In welche Bereiche kann und soll der Kanton sinnvollerweise investieren? Sven Thali, Sie haben vorhin die zukunftssträchtigen Technologien erwähnt. Könnten Sie Ihre diesbezüglichen Vorstellungen noch ein bisschen ausführen?

*Sven Thali, Alternative Bank ABS:* Ein Bereich wurde genannt: die energetischen Gebäudesanierungen. Die Schweiz ist an sich gebaut, wobei Liegenschaften aus den 1970er und 1960er Jahren oder noch früher den Gebäudepark dominieren. Bei diesen Gebäuden besteht Handlungsbedarf. Geplante Investitionen in diese Gebäude können auch heute realisiert werden. Der Kanton kann diesbezüglich steuernd eingreifen.

Ich bin eher skeptisch, wenn es um direkte oder fast-direkte Konsumgutschriften gehen soll, die den Privatkonsum stützen sollen. An solche Massnahmen glaube ich nicht. Kauft eine Person, die nicht an die Zukunft glaubt, heute ein Brot, so wird sie heute die eine Hälfte essen, damit das Brot bis morgen reicht; der Bäcker kann aber morgen dieser Person kein Brot verkaufen. Erst wenn der Glaube an die Zukunft wieder hergestellt ist, wird die Person heute das ganze Brot essen. Ich bin überzeugt, dass die Menschen so funktionieren.

*Rainer Borer, Moderator:* Peter Kugler, dass nicht Massnahmen zur Konsumstützung ergriffen werden sollen, ist wohl auch Ihre Meinung, oder?

*Peter Kugler, WWZ:* Ja. Es geschieht aber durch die automatischen Stabilisatoren. Am wirksamsten ist wohl, über die Arbeitslosenversicherung die Einkommen, die durch Arbeitslosigkeit ausfallen, zu einem grossen Teil zu ersetzen. Hierin besteht einer der grossen Unterschiede zur Krise der 1930er Jahre. Damals gab es neben der falschen Währungspolitik auch nicht die Möglichkeit, diese Einkommensverluste mittels einer Sozialversicherung abzufedern. Eine Sozialversicherung stabilisiert das System enorm. In der Tat wäre es verfehlt, eine direkte Konsumankurbelung als Massnahme vorzusehen. Die Stimulation des Konsumverhaltens ist sehr stark von den Erwartungen abhängig, die man in die Zukunft setzt. Würde der Staat heute etwas geben, das er in drei Jahren über höhere Steuern wieder einfordern wird, würde ich als rationaler Mensch diesen Beitrag sparen. Dementsprechend sind diesbezüglich die Möglichkeiten der Einflussnahme sehr eingeschränkt.

*RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdpartementes (WSU):* Ich möchte nicht missverstanden werden. Ich bin der Ansicht, dass man die automatischen Stabilisatoren stärken sollte. Mit Blick auf die nationale Diskussion über die Sozialwerke ist klar, in welche Richtung es gehen soll: Man möchte den privaten Konsum auf dem bisherigen Niveau halten. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage besteht aus den privaten Investitionen, die momentan rückläufig sind, aus dem Saldo von Ex- und Importen, der ebenfalls rückläufig ist, aus den öffentlichen Ausgaben, welche einen Teil der ausfallenden privaten Investitionen ersetzen sollten, und aus dem Konsum; das ist der grösste Teil, auch in einem exportabhängigen Land wie die Schweiz. Es wäre sehr unklug in Zeiten einer wirtschaftlichen Depression, den Konsum zu senken. Denn das hätte einen Einfluss auf die Gesamtnachfrage. Aus diesem Grund ist es wichtig, nicht Konsumzuschüsse zu beschliessen - einen Einkaufsgutschein im Wert von CHF 50 zu verteilen, ist wohl keine sinnvolle Massnahme -, sondern die

vorhandenen Instrumente zu stärken und diese Stützung über die Zeit der Krise hinaus wirken zu lassen, damit das bisherige Konsumniveau gehalten werden kann und damit diese Nachfragekomponente nicht auch unter Druck gerät.

*Rainer Borer, Moderator:* Kommt also das Steuerpaket, das in diesem Jahr wirkt, gerade richtig?

*RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltsdepartementes (WSU):* In der Tat etwas glücklich kommt das Steuerpaket zum richtigen Zeitpunkt. Es wäre aber ohnehin wichtig gewesen, weil es zur Steigerung der Standortattraktivität beiträgt und bei Personen wirkt, die eine hohe Konsumquote haben. Das Steuerpaket kommt vor allem jenen Haushalten zugute, die kleine Einkommen haben. Es ist bekannt, dass Haushalte mit wenig Einkommen, das vorhandene Geld ausgeben und nicht sparen. Mit dem Steuerpaket ist somit auch die Gesamtnachfrage entsprechend höher.

*Rainer Borer, Moderator:* Wäre es sinnvoll, die Steuern noch weiter zu senken?

*RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD):* Der Spielraum hierfür ist jetzt nicht vorhanden. Mit Blick auf die Defizite der nächsten Jahre sind Steuersenkungen eine Frage des Spielraumes. Für das geschnürte Sparpaket war der Spielraum vorhanden. Die Handlungsweise ist zudem in dieser aktuellen Krise speziell nützlich. Nicht jede Art von Steuersenkung hat nämlich eine konjunkturankurbelnde Wirkung. Ich wäre also eher zurückhaltend, was nicht heisst, dass man später nicht darüber sprechen könnte.

*Rainer Borer, Moderator:* Was sagt der Monetarist hierzu?

*Peter Kugler, WWZ:* Steuersenkungen sind immer gut. (*Heiterkeit*) Der Kanton Basel-Stadt gehört nicht gerade zu den Tiefsteuernkantonen, um es vorsichtig auszudrücken. Wir wissen, dass Steuern ein Aspekt bei der Wahl des Standortes sind. Steuerunterschiede kapitalisieren sich zu einem grossen Teil in unterschiedlichen Liegenschafts- und Mietpreisen für Wohnraum. Langfristig ist für den Kanton also die Unternehmensbesteuerung sehr viel wichtiger. Die Wohnbevölkerung ist nämlich eher abnehmend, während die Beschäftigungsanzahl eher zunimmt. Wir haben bald so viele Stellen im Kanton wie Leute, die im Kanton wohnen. Das impliziert, dass man die Produktion besteuern muss. Die Arbeitnehmereinkommen fliessen zu einem grossen Teil aus dem Kanton heraus, während die Unternehmenseinkommen im Kanton bleiben. Ein Drittel der Steuereinnahmen werden über die Unternehmensbesteuerung generiert. Man muss also bleiben, dass diese Verteilung erhalten bleibt; sie bildet nämlich die Basis für den Wohlstand in Basel-Stadt. Basel-Stadt als Produktionsstandort mit hochproduktiver Branche muss attraktiv bleiben.

*Lukas Engelberger (CVP):* Ich möchte ebenfalls auf die Unternehmensbesteuerung hinweisen. Peter Kugler hat mir den Weg meine Aussagen schon ein bisschen geebnet. Ich mache mir einige Sorgen: Wir sind zwar mit dem Steuerpaket für die natürlichen Personen im schweizerischen Schnitt einigermaßen gut positioniert, insbesondere wenn man die anderen Aspekte, die unseren Kanton auch betreffen, berücksichtigt. Bei der Unternehmensbesteuerung sieht allerdings die Bilanz meines Erachtens schlechter aus; diesbezüglich sind wir tatsächlich ein Hochsteuerstandort. Diesbezüglich sehe ich einen erheblichen Handlungsbedarf für die nächsten Jahre. Es stört mich, beispielsweise auf Folie 9 der Präsentation von Regierungsrätin Eva Herzog zu lesen, dass in den Jahren 2010-2013 der Spielraum enger sein wird. Ich frage mich, ob wir durch unser antizyklisches, volkswirtschaftlich verantwortungsvolles Handeln unseren Spielraum nicht zu stark einengen. Dadurch schaffen wir nämlich auch einen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Kantonen, die heute vielleicht nicht so offensiv Geld ausgeben. Schiessen wir uns da nicht ins eigene Bein?

*RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD):* Es ist schwierig, hier die Steuerdiskussion zu führen. Ich habe lediglich gesagt, dass nicht jede Steuersenkung konjunkturfördernd sei. Tatsächlich sind wir bezüglich der Unternehmensbesteuerung auf einem eher hohen Level. Die Diskussion hierüber wird sicherlich weitergehen. Ich möchte aber klar verneinen, dass wir Ausgaben tätigten, die nicht sinnvoll wären. Ich glaube, dass es wohl keinen Bereich der Investitionen, den Sie ablehnen würden, auch aufgrund des Aspekts der Standortförderung. Steuern sind nur ein Aspekt der Standortwahl. Die Qualität des Standorts misst sich auch an der Qualität von Infrastruktur usw., die ebenfalls Geld kostet. Wir handeln also nicht unverantwortlich, sondern mit Blick auf die langfristige Entwicklung unseres Kantons.

*Andreas Burckhardt (LDP):* Wenn man vom Steuerpaket spricht und sagt, dass es zur richtigen Zeit greife, müsste man - um es richtig zu sagen - sagen: Ein Steuerpaket für natürliche Personen. Peter Kugler und Lukas Engelberger



haben diese Differenzierung vorgenommen. Wir müssen aber etwas bei der Unternehmensbesteuerung tun, weil wir Arbeitsplätze in unserer Region wollen. Arbeitsplätze werden weniger von den Privaten als von den Unternehmen geschaffen. Wir müssen also vorsehen, dass wir für Unternehmen attraktiv sind. Diesbezüglich sind wir nicht konkurrenzfähig, sind wir doch im Moment an letzter oder zweitletzter Stelle in allen Tabellen bezüglich der Unternehmensbesteuerung. So sind wir einer der zwei letzten Kantone, welche die Dividende voll besteuern. Wir treiben Unternehmer, die Arbeitsplätze schaffen, und Unternehmen mit dieser Steuerpolitik aus dem Kanton. Wenn wir jetzt also generell von Steuerbefreiung sprechen und nicht sagen, dass nur die natürlichen Personen hiervon betroffen sind, streuen wir uns Sand in die Augen.

*RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltsdepartementes (WSU):* Dass unser volkswirtschaftliches Paket es verunmöglichen würde, in Zukunft Steuersenkungen vorzusehen, stimmt so nicht. Es handelt sich nämlich zu einem grossen Teil - zu rund 80 Prozent - um Massnahmen, deren Realisierung wir einfach vorziehen. Es bleiben noch rund CHF 15 Mio., die Einmalausgaben betreffen. Diese Ausgaben bringen also nicht eine dauernde Niveauerhöhung. Unser Spielraum würde eingeschränkt, wenn wir eine andauernde Anhebung des Ausgabenniveaus beschliessen würden. Der Kanton Basel-Stadt hat aber mit guten Ergebnissen versucht, Ausgabendisziplin walten zu lassen.

Noch rasch zur Steuersituation: Ich kenne diese Tabellen auch; ich nehme diese auch ernst. Auch ich bin der Ansicht, dass wir vorhandenen Spielraum ausnutzen sollten. Ich möchte aber dennoch einwenden, dass die Vorstösse, die damals zu diesem Steuerpaket geführt haben, nur die natürlichen Personen betroffen haben. Es war eine Idee der Regierung, auch die juristischen Personen zu berücksichtigen; und zwar genau proportional zu ihrem Anteil am Aufkommen. Die Regierung hat also die Problematik erkannt. Immerhin wurde der Spitzensteuersatz der Gewinnsteuer um 10 Prozent gesenkt.

Bei aller Kritik, die ich auch verstehe, ist es an der Politik, hier zu versuchen, in kleinen Schritten weiterzugehen. Ich denke aber nicht, Andreas Burckhardt, dass die Frage der Dividendenbesteuerung, die, wie wir alle wissen, aufgrund einer Motion auf gutem Wege ist, die entscheidende Frage ist. Es ist nicht die matchentscheidende Frage, weil die Entlastung die Privatpersonen betrifft und diese Entlastung nur zu geringen Mindereinnahmen führen würde, weil diese Personen ohnehin nicht im Kanton wohnen.

*Dominique König-Lüdin (SP):* Ich hätte von der Regierung im Hinblick auf diese Hoffnung, die Sven Thali geäussert hat, gewusst, welche Möglichkeiten neben dem Steuerpaket den Einwohnerinnen und Einwohnern unseres Kantons eröffnet werden könnten.

*RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD):* Hierzu ist eigentlich schon alles gesagt worden.

*RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltsdepartementes (WSU):* Ich nehme an, dass Dominique König-Lüdin die dritte Stufe der konjunkturstützenden Massnahmen anspricht. Deren Wirkung hängt davon ab, wie sich die Situation im August präsentiert. Wir hatten auch die Befürchtung, dass es im Sommer weniger Lehrstellen geben wird; was Gott sei Dank nicht eingetroffen ist. Ein Dank auch an die Unternehmen, dass sie dem Aufruf, den auch die Arbeitgeberverbände mitgetragen haben, Rechnung getragen haben. Eine der Befürchtungen ist ja, dass die Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger in diesem Jahr deutlich grössere Probleme haben werden, eine Stelle zu finden. Wir möchten mit Einarbeitungszuschüssen, mit Sharingmöglichkeiten die Unternehmen unterstützen. Diese Massnahmen sind aber noch nicht zu Faden geschlagen; wir werden aber entsprechend reagieren. Wir haben allerdings eine Budgeterhöhung mit den hierfür vorgesehenen maximalen Kosten eingestellt. Wir gehen von Kosten von Kosten in der Höhe von rund CHF 7 Mio. aus; CHF 2 Mio. kommen noch von der Ausschöpfung der Arbeitslosenversicherung, wo wir den Kostenplafonds bewusst noch nicht ausgeschöpft haben, was die Wiedereingliederungsmassnahmen von Beschäftigungslosen betrifft.

*Sebastian Frehner (SVP):* Momentan sammeln wir von der SVP Unterschriften für eine Initiative für sinkende Einkommenssteuern. Offenbar brauchen wir das gar nicht mehr, wenn wir so super dastehen...

Wie wir gehört haben, sind zur Stützung der Konjunktur Massnahmen in der Höhe von rund CHF 80 Mio. geplant; unsere Steuersenkungsinitiative würde in etwa zu CHF 80 Mio. bis CHF 100 Mio. an Mindereinnahmen führen. Zu was würden Sie, Peter Kugler, Regierungsrätin Eva Herzog raten: zu Konjunkturmassnahmen in der geplanten Höhe oder zu Steuersenkungen?

*Peter Kugler, WWZ:* Wenn sie diskretionär sind, bin ich gegenüber Stützungsmassnahmen skeptisch eingestellt. Da es sich aber um Massnahmen handelt, die schon geplant waren und deren Realisierung man vorzieht, ist das okay. Es gilt immer zu hinterfragen, wie solche Steuersenkungen wirken. Ehrlich gesagt, kann ich nicht sagen, wie sie wirken würden.

*RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU):* Diese Initiative wird deutlich mehr als CHF 100 Mio. kosten. Es gibt nämlich einen grossen Unterschied: das Konjunkturpaket ist einmalig. Dagegen führen die Steuersenkungen, die mit der SVP-Initiative gefordert werden, jedes Jahr zu Mindereinnahmen bis zu CHF 150 Mio. Am oberen Ende, übrigens, wo die Sparquote hoch ist, wird das Geld wieder angelegt und vielleicht in gewisse Vehikel investiert... Doch lassen wir das.

Die Initiative würde im falschen Moment und am falschen Ort wirken; zudem würde sie wiederkehrend wirken. Ich möchte ganz deutlich betonen, dass aufgrund der Konjunkturstützungsmaßnahmen keine zusätzlichen Ausgaben in der Höhe von CHF 80 Mio. anfallen. Das ist einfach nicht wahr! Wir ziehen geplante Massnahmen vor; das macht rund 80 Prozent der Massnahmen aus. Die zusätzlichen Ausgaben sind weit kleiner und fallen zudem einmalig an. Damit stellen diese Massnahmen etwas deutlich anderes als das dar, was die SVP mit dieser Reduktion vorhat. Ausserdem fehlt bei dieser Initiative der Einbezug der juristischen Personen. Wenn gesagt wird, dass wir auf komplett alle Massnahmen verzichten sollen, möchte ich hören, was die SVP dann sagt, wenn wir Fiber-to-the-Home nicht machen. Es handelt sich hierbei um Infrastrukturinvestitionen, die auch den KMU zukünftig helfen wird, schneller Daten transportieren zu können. Das ist notwendige Infrastruktur, um künftig Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen ermöglichen zu können. Es sind solche Massnahmen, die wir mit diesen CHF 15 Mio. zusätzlich finanzieren. Das sind aber meines Erachtens sinnvolle Massnahmen. Wenn ich das Echo der Wirtschaftsverbände richtig interpretiert habe, finden auch sie das eine gute Idee.

*Peter Kugler, WWZ:* Wenn man im Bereich der Steuern etwas machen möchte, sollte das bei der Unternehmensbesteuerung geschehen, da diese ein zu sicherndes Standbein der Finanzen des Kantons sind.

*Rainer Borer, Moderator:* Ich möchte noch auf die Struktur des Basler Finanzhaushaltes zu sprechen kommen. Eine Folge der Krise wird ja sein, dass die Verschuldung moderat zwar - gemäss Regierungsrätin Eva Herzog -, aber immerhin ansteigen wird. Basel-Stadt hat aber jetzt schon eine der höchsten Verschuldungsquoten.

*RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD):* Wir haben eine hohe Verschuldung in Bezug auf die absoluten Zahlen; die Verschuldungsquote hingegen ist nicht so hoch wie angetönt, weil wir eine grosse Wirtschaftskraft haben. Die Verschuldung wird zunehmen. Wir gehen davon aus, dass wir eine kurze, heftige Rezession aushalten können, sodass sich die Verschuldungsquote wieder nach unten bewegen würde, wenn die Konjunktur wieder anzieht. Ohne eine Massnahme wird dies nicht möglich sein. Es ist klar, dass wir jetzt nicht prozyklisch ein Sparpaket vorsehen sollten. Wir bemühen uns sehr, die Ausgaben nicht nachhaltig zu steigern, damit wir nicht einen nachhaltigen Beitrag zur Verschuldung leisten. Es ist wichtig, dass man betont, dass die zusätzlichen Massnahmen zur Stützung der Konjunktur einmalig und nicht wiederkehrend sind, sodass sie nicht nachhaltig die Verschuldung beeinflussen werden.

*Rainer Borer, Moderator:* Wann wäre dann die Zeit reif für ein Sparpaket?

*RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD):* Wenn wir zuwarten und nichts zu tun, werden wir die Grenze sehr schnell erreichen. Da die Ausgaben nicht mehr als die Teuerung wachsen dürfen, müssten Sparpakete beschlossen werden. Wir haben ein paar Jahre Zeit, in denen wir beobachten können, ob wir ausgabenseitig Massnahmen ergreifen müssen.

*Peter Kugler, WWZ:* Ich möchte hierzu noch zwei Aspekte ergänzend einbringen. Die Staatsschuld ist zum einen nominal konstant geblieben und beträgt brutto seit dem Beginn des neuen Jahrtausends in etwa CHF 5 Mio.'000. Vergleicht man diesen Betrag mit dem Bruttoinlandprodukt, so ist dieses um 45 Prozent gestiegen. Das bedeutet, dass die Staatsschuld relativ zum Bruttoinlandprodukt stark abgenommen hat. Es sind nur noch rund 16 Prozent, was im Vergleich zu den 25 Prozent von vor zehn Jahren deutlich weniger ist. In diesem Sinne unterscheidet sich die aktuelle Situation sehr stark von der Situation in den 1990er Jahren.

Zum anderen muss man die Wachstumsrate in Relation zur Verzinsung der Staatsschuld setzen. Ist die nominale Wachstumsrate des BIP höher als die Verzinsung der Staatsschuld, erledigt sich das Problem von alleine, da die Verzinsung, die man zur Aufrechterhaltung der Staatsschuld leistet, kleiner ist als das Bruttoinlandprodukt. Man ist bei der Staatsschuldverzinsung bei einem Wert von knapp unter 3 Prozent angelangt. In den letzten zehn Jahren hat man ein nominales Wachstum von rund 4,5 Prozent gehabt. Wenn das so weiter geht - ich gehe von nichts anderem aus, auch wenn die Zinsen steigen werden -, ist auch aus diesem Grund die Situation eine deutlich andere als jene in den 1990er Jahren, in welcher sich die Staatsschuld dynamisch vergrössert hat.

*Rainer Borer, Moderator:* Basel-Stadt hat doch eigentlich ein Klumpenrisiko, nämlich die Pharma. Macht Ihnen, Regierungsrat Christoph Brutschin, als Volkswirtschaftsdirektor nicht Bauchweh?

*RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU):* Ich würde vielmehr von einer "Klumpenchance" sprechen. Die Konzentration auf eine Branche ist aber lange nicht grosse wie im Raum Zürich. Die Finanzbranche war in Zürich anteilmässig immer grösser als es die Pharmabranche für Basel war. Wir weisen durchaus eine diversifizierte Wirtschaftsstruktur auf. Denken Sie beispielsweise an die Logistikbranche, die man gerne vergisst, da ihre Wertschöpfung nicht ganz so gross ist. Es ist allerdings auch schwierig in Konkurrenz zur Pharma ähnliche Wertschöpfungsraten zu generieren. Es gilt aber festzuhalten, dass die Logistik mehr Arbeitsplätze anbietet als die Banken in Basel. Zudem haben wir einen relativ gut prosperierenden Versicherungsbereich. Im Bereich Finanzen ist der Anteil der Versicherungen gegenüber dem Anteil der Banken überdurchschnittlich hoch. Das zeigt auch, welche Leistungen das Versicherungsgewerbe erbringt. Meines Erachtens sind wir also gut aufgestellt. Natürlich gibt es lokal Konzentrationen, das ist in jedem Teil der Schweiz der Fall. Weil aber die Pharma reale Werte herstellt, also Produkte, die sich nicht plötzlich als Luftblasen oder Ideen in nichts auflösen können, ist meiner Ansicht nach dieser Boden, auf dem unsere Wirtschaft gebaut ist, solider ist.

*Rainer Borer, Moderator:* Man hört von der Pharma aber auch manchmal negative Botschaften. Im Moment sind Novartis, Roche, Actelion florierend, was sich auch ändern könnte.

*RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU):* Selbstverständlich ist das möglich. Die Wirtschaft funktioniert in Zyklen. Es kann durchaus einmal sein, dass die wirklich glänzenden Ergebnisse dieser drei Unternehmen, die Sie jetzt genannt haben, und die Ergebnisse von auch ein paar anderen kleineren Unternehmen vielleicht einmal schlechter ausfallen. Eine solche Entwicklung wäre aber nichts Unübliches. Ich bin aber von der wirtschaftlichen und innovativen Potenz der Life-Science, der Pharma hier in der Region überzeugt.

*Rainer Borer, Moderator:* Gäbe es denn Möglichkeiten, eine andere Branche - wie dies Sven Thali angesprochen hat, zu pushen, aufzubauen? Oder stösst der Kanton da an Grenzen?

*RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU):* Man kann Branchen nicht einfach implantieren. Man hat von der Idee Abstand genommen, dass es möglich sein soll, eine Wirtschaftsbranche irgendwo anzusiedeln. Strukturen müssen wachsen. Es wäre schade, gewachsene Strukturen zu zerstören. Wir versammeln bei uns Personen mit beruflichen Qualifikationen, die in diesen Berufen gebraucht werden. Wir wollen offen bleiben für neue Möglichkeiten, indem wir sagen, dass wir beispielsweise den Supply-Chain-Management-Bereich, den anspruchsvollen wertschöpfenden Logistikbereich fördern wollen; der Umwelttechnologiebereich wurde genannt. Wir wollen offen sein für neue Entwicklungen, machen aber nicht aktive Industriepolitik, sondern versuchen, mit den uns vorhandenen Mitteln gute Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die wirtschaftliche Entwicklung möglich ist; heute und in Zukunft.

*Sven Thali, Alternative Bank ABS:* Eine gewisse Gefahr sehe ich darin, dass man jetzt gewisse Investitionen vorzieht, was man in guten Zeiten etwas vergessen hat. Dieser Vorzug sollte deshalb auch ein Vorzug sein, auch wenn das in guten Zeiten etwas weniger sein wird.

Ich finde es interessant, dass man im Zusammenhang mit der Diskussion über die Rezession immer über dieselben Werkzeuge spricht. Ich behaupte einmal, dass es prüfenswert wäre, das bedingungslose Grundeinkommen einzuführen (*Raunen im Saal*): eine Arbeitslosenversicherung wäre nicht mehr notwendig, eine IV bräuchte es nur begrenzt; die Leute würden aber wissen, dass trotz harten wirtschaftlichen Verhältnissen es nie geschehen wird, dass das Einkommen auf Null sinkt. Was passiert? Man hat vielleicht nicht eine wahnsinnige Hoffnung in die Zukunft; das ist aber immer noch besser, als die Angst zu haben, dass das Einkommen auf Null geht und dass man vielleicht auf die Sozialbehörde gehen muss.

*Peter Kugler, WWZ:* Ich halte nichts von einer solchen Idee. Wenn man nur einmal überschlägt, welches ein angemessenes Grundeinkommen wäre, wären die Kosten derart hoch, wobei wir nicht wissen, wie die Anreizwirkungen ausfallen werden. Wie viele Leute werden das Einkommen beziehen, ohne produktiv zu sein? Ein solches Modell wäre extrem gefährlich, wenn viele Leute eine solche Haltung einnehmen würden. Ich habe schon teilweise das Gefühl, dass der Anteil der Bevölkerung, die bereit ist, eine "Transferkarriere" zu machen, im Begriff ist, zuzunehmen. Das wäre für die Einführung der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens hinderlich.

*Rainer Borer, Moderator:* Ich danke für diesen Diskussionsteil.

## Bereich Pensionskasse Basel-Stadt

[13.06.09 10:37:50]

*Patrick Hafner, Grossratspräsident:* Wir führen die Diskussion weiter. Zunächst hören Sie ein Referat von Werner Messmer. Herr Messmer war bis vor kurzem Präsident des Verwaltungsrates der Pensionskasse des Basler Staatspersonals.

*Werner Messmer, ehem. VR-Präsident PK:* Ich bin als scheidender Präsident des Verwaltungsrates der Pensionskasse dazu aufgefordert worden, hier ein Referat zu halten; dieser Aufgabe komme ich gerne nach.

Wir stehen am Ende der ersten Amtsperiode des paritätisch zusammengesetzten Verwaltungsrates. Die ersten beiden Jahre war Eva Herzog die Präsidentin, in den beiden Folgejahren habe ich dieses Amt wahrgenommen.

Einleitend möchte ich einen Vergleich zu den umliegenden Kantonen herstellen: Wie hat sich das Jahr 2000 ausgewirkt? Ungeachtet des Primats der Kasse hat die PK-BS eigentlich sehr gut abgeschnitten. Die Primatsfrage hat mit der derzeitigen Situation der Pensionskasse nichts zu tun.

Ein Blick in die Vergangenheit und auf die verschiedenen Börsencrashes seit der grossen Depression von 1929 zeigt, in welcher Relation die derzeitige Krise zu den vorangehenden zu sehen ist, auch wenn die Aussichten ungewiss sind. Vergleicht man die aktuelle Krise mit Krisen der jüngeren Vergangenheit, muss man feststellen, dass es nach Krisen nach einer gewissen Zeit wieder aufwärts gegangen ist.

Mit Blick auf die Börsenkurse der letzten zehn Jahre stellt man Folgendes fest: Auf 1. Januar 2008 wurde die Kasse auf einem SMI-Stand von gegen 8000 ausfinanziert; auf Ende Jahr 2008 ist dieser Wert um rund 35 Prozent gesunken. Das Portfolio der Pensionskasse weist Aktien aus der Schweiz und dem Ausland auf, die zur negativen Entwicklung beigetragen haben. Die Unterdeckung ist auf diese Aktienlage zurückzuführen, beträgt der Aktienanteil rund 30 Prozent.

Die Notwendigkeit von Sanierungsmassnahmen ist gegeben, wenn der Deckungsgrad unter 95 Prozent fällt. Das BVG und weiterführende Grundlagen besagen, dass ein Sanierungskonzept innert zehn Jahren zu greifen habe. Zu berücksichtigen ist aber, dass ursprünglich die ökonomisch absolut notwendige Wertschwankungsreserve gefehlt hat; es ist Ihnen wahrscheinlich bekannt, dass man das nicht finanzieren konnte/wollte. Eine solche Reserve ist aber notwendig, um die Risikofähigkeit der Kasse wiederherstellen zu können. Das Gesetz gibt vor, dass wir 4,6 Prozent Ertrag erwirtschaften müssen: 4 Prozent technischer Zinssatz, 0,5 Prozent für die Überalterung und 0,1 Prozent für die Verwaltung. Wenn man diesen Ertrag von 4,6 Prozent erreichen muss, bedeutet dies, dass mit 70prozentiger Wahrscheinlichkeit innert zehn Jahren die Risiken so sein werden, dass man in Unterdeckung fällt. Wenn wir aber diese Risiken mit Aktienanlagen nicht tätigen, sind wir innert zwei, drei Jahren garantiert in Unterdeckung. Das ist die Konstruktion des Gesetzes. Wie Sie sehen, ist also der Pfad, den der Verwaltungsrat zu gehen hat, nicht sehr breit. Im Gesetz wurde zudem eine Garantieverpflichtung stipuliert, die im Gegensatz zu einer Wertschwankungsreserve in Kapital virtuell ist und keinen Ertrag bringt.

Es gibt weitere Gründe für Sanierungsmassnahmen: In den vergangenen Jahren sind diverse Ausgliederungen von Betrieben durchgeführt worden, wobei die Rentenbeziehenden dieser Betriebe in der Pensionskasse belassen wurden. Das hat den Anteil der Rentenbezüger erhöht, was die strukturelle Risikofähigkeit eingeschränkt hat. Man kann nämlich die Renten nicht kürzen und muss die entsprechenden Erträge erwirtschaften. Bei Ausgliederungen ist künftig sicherlich eine Entschädigung erforderlich, da ansonsten eine weitere Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Renten und Aktiven der Kasse droht. Es braucht auch verbindliche Garantiezusagen oder eine Leistung der Wertschwankungsreserve für die Verbleibenden. Momentan stehen 41 Prozent Aktive 59 Prozent Renten gegenüber.

Der Verwaltungsrat hat sich im gesetzlichen Rahmen an die Parität zwischen Arbeitgeber und Destinatären - die Aktivversicherten und die Rentner - gehalten; auch an die Lastenverteilung zwischen Aktiven und Rentner im Verhältnis der Deckungskapitalien, ein Verhältnis 40:60. Die Schliessung der Deckungslücke durch den Arbeitgeber schlagen wir Ihnen per 1. Januar 2010 vor. Wir schlagen ihnen auch die indirekte Amortisation und Verzinsung des Anteils der Destinatäre von 50 Prozent durch einerseits Lohnverzicht der Angestellten und den Verzicht auf den Ausgleich der Teuerung der Rentenbeziehenden vor. Diese Massnahmen sind natürlich sehr bitter, da man in Aussicht gestellt erhält, keinen Kaufkraftverlustausgleich zu erhalten.

Die Deckungslücke betrug zu Beginn des Jahres rund CHF 1'120 Mio. Die Amortisation und Verzinsung des Anteils der Destinatäre wird mit 4 Prozent des versicherten Lohnes beziffert, was einem Lohnverzicht von 1 Prozent der Staatsangestellten während 19 Jahren entspricht. Für die Rentner werden 2,4 Prozent der versicherten Lohnsumme nicht in den Teuerungsfonds einbezahlt. Ich erinnere daran, dass bereits 2,5 Prozent hätte in den Teuerungsfonds fliessen sollen, was aber mit der ersten Ausfinanzierung konsumiert worden ist.

Der Verwaltungsrat hat sich wegen dieser Problematik des fehlenden Teuerungsausgleichs eine Härtefallklausel einfallen lassen, wie sie bereits im Gesetz vorgesehen ist. Wenn der Kaufkraftverlust 20 Prozent übersteigt, soll ein Ausgleich stattfinden, sofern im Teuerungsfonds Geld vorhanden ist. Die Idee ist, dass die Amortisationsdauer allenfalls verlängert werden könnte, wenn diese 20 Prozent eintreten, und dass dann der entsprechende Anteil in den Teuerungsfonds fliesst und nicht mehr zur Amortisation und Verzinsung eingesetzt wird. Eine solche Massnahme ist sehr wichtig, weil die Lage der Rentner so ist, dass zwar nominal diese Prozente gelten, die Aktiven

hingegen aber infolge Stufenanstieg und Teuerungsausgleich gewisse Lohnzuwachs haben. Die Rentner leisten also einen sehr hohen Beitrag - meiner persönlichen Meinung nach leisten sie einen zu hohen Beitrag. Der Arbeitgeber soll die gesamte Summe einschliessen, wobei 50 Prozent hiervon in einen verzinslichen Amortisationsfonds durch die Aktiven und Rentner abgearbeitet und abgelebt wird.

Weshalb unterbreitet der Verwaltungsrat der Regierung diesen Vorschlag? Die Unterdeckung wird mit dieser Methode sofort behoben. Die Verlängerung der Amortisationsdauer auf über zehn Jahre macht die Belastung sozialverträglich. Die Sanierung im Zeitpunkt ungünstiger Finanzmärkte beinhaltet auch Chancen, hoffen wir doch, dass die fehlende Wertschwankungsreserve tatsächlich geöffnet werden kann. Der vorliegende Vorschlag ist im paritätisch zusammengesetzten Verwaltungsrat sozialpartnerschaftlich erarbeitet worden. Die direkte Sanierung, die auch geprüft worden ist, würde sehr hohe Belastungen bringen, weil man mit zusätzlichen Abzügen in der Grössenordnung von 6 bis 7 Prozent rechnen müsste, wobei man trotzdem nicht die Möglichkeit hätte, die Wertschwankungsreserve zu bilden.

Zum weiteren Vorgehen: Die gesetzliche Lösung wäre die direkte Sanierung gewesen. Trotzdem haben wir einen anderen Weg gewählt. Es ist eine Lohngesetzanpassung notwendig und eine kleine Anpassung beim Pensionskassengesetz. Der Regierungsrat wird eine entsprechende Vorlage an Sie weiterleiten. Wir hoffen natürlich, dass Sie diesen Anträgen Folge leisten können, und wären froh, wenn diese Sanierungsmassnahmen sobald als möglich eingeleitet werden könnten. Die Inkraftsetzung der Massnahmen wäre auf Anfang des nächsten Jahres vorgesehen.

Die angeschlossenen Institutionen verfügen über die gleichen Grenzwerte und die Rahmenbedingung der Parität. Den Institutionen stehen im Prinzip alle Varianten offen. Die Deckungsgrade sind unterschiedlich. Die Geschäftsstelle ist vom Verwaltungsrat beauftragt worden, Konzepte zu erarbeiten und mit den Institutionen Lösungen auszuhandeln. Die PK-BS wird dementsprechend den Institutionen bis Mitte Jahr Vorschläge unterbreiten.

Woher stammen diese Verluste eigentlich? Aus einer Zusammenstellung des Experten der Pensionskasse, Patrick Spuhler, geht hervor, dass im Verhältnis zu den Beiträgen ein positiver Finanzierungssaldo vorhanden ist. Das bedeutet, dass die Leistungen nicht mehr kosten. Vielmehr kann man aufgrund des einen Jahres sagen, dass wir auf der positiven Seite sind, auch wenn es Schwankungen geben kann. Wir gehen aber davon aus, dass ein gewisser Spielraum vorhanden ist. Damit möchte ich sagen, dass es nicht die Leistungen sind, die zu diesem Sanierungsbedarf geführt haben, sondern - wie eingangs erwähnt - der Verlauf der Aktienmärkte und der entsprechenden Anlagen und dem Zwang, gewisse Risiken eingehen zu müssen, da ansonsten der dritte Beitragszahler ungenügend wäre. Dass man aber im ersten Jahr die Statistik bestätigt hat, ist natürlich unangenehm, wir müssen aber damit leben. Zusammengefasst lässt sich Folgendes sagen: Das Anlageergebnis ist der alleinige Grund für die Unterdeckung. Es besteht keine strukturelle Unterfinanzierung. Es besteht aber eine Problematik bei den Rentnern, was ich bereits ausgeführt habe.

Zur Organisation: Bereits vor dem neuen Gesetz wurde ja diese neue Organisation eingeführt. Das "alte", zwar demokratisch abgeseignete System, aber - aus meiner Sicht - dennoch sehr feudalistische System, wurde abgelöst. Neben dem Verwaltungsrat, der Anlagekommission und der Geschäftsstelle eine Reihe von Kontrollinstrumenten, die sehr gut funktionieren. Ich nehme an, dass die PK-BS aufgrund dieser Organisation auch bezüglich der Kosten der Vermögensverwaltung - was immer ein wichtiger Wert beim Vergleich darstellt -, die bei 0,12 Prozent des Gesamtvermögens liegen und somit unter dem Mittelwert entsprechender Einrichtungen, sehr gut dasteht. Es wird gute Arbeit geleistet. Bezüglich der Kosten pro Versicherten stehen wir ebenfalls sehr gut da. Es ist ja nicht Zweck der Kasse, die Funktionäre zu finanzieren, sondern die Destinatäre.

Ausblick: Die Diversifikation der Anlagen ist ein wichtiger Punkt. Gerade bei den Immobilien wurde in den letzten vier Jahren sehr viel getan, um die Situation bei den Immobilien zu verbessern. Wie Sie wissen, haben wir in Basel-Stadt ein gewisses Erdbebenrisiko, weshalb man versucht, Immobilieninvestitionen in einer weiteren Umgebung zu tätigen. Im Auftrag der Pensionskassen werden beispielsweise in Kreuzlingen 150 Wohnungen gebaut. Ich bin überzeugt, dass das gute Investitionen sind, da gute Immobilien eher rar sind.

Die paritätische Führung der Pensionskasse hat sich in den letzten vier Jahren zunehmend eingespielt. Der Verwaltungsrat nimmt seine Führungsverantwortung in einem finanzwirtschaftlich schwierigen Umfeld wahr. Die Organisation und die operationelle Leistung der Kasse entsprechen kontrollierbaren und kontrollierten Standards. Für die Zukunft wünsche ich allen Beteiligten alles Gute.

Ein letztes Wort: Prognosen sind bekanntlich schwierig abzugeben, weil sie die Zukunft betreffen. Darum verzichte ich auf solche.

## Diskussion über die Politik der Basler Pensionskasse

[13.06.09 11:02:14]

*Rainer Borer, Moderator:* An der folgenden Diskussionsrunde zur Basler Pensionskasse nehmen Werner Messmer, Martin Dettwiler von der PK Vista, Hans-Ulrich Stauffer, Geschäftsführer der Stiftung Abendrot.

Ist das vorliegende Konzept das richtige, Hans-Ulrich Stauffer?

*Hans-Ulrich Stauffer, Geschäftsführer Stiftung Abendrot:* Die Hälfte der Pensionskassen in der Schweiz, die in Unterdeckung sind, wären froh, hätten sie ein solches Konzept. Ich denke, dass dies eine tolle Lösung ist. Sie hat aber auch ihre Nebenwirkungen, auf die wir später vielleicht noch zu sprechen kommen. Für die Pensionskasse ist dies aber eine sehr gute Lösung.

*Martin Dettwiler, PK Vista:* Auch ich sehe das so. Wenn das Geld vorhanden ist, kann man so vorgehen. Anfang 2008 war die Kasse ausfinanziert, jetzt sind schon 15 Prozent weg. Wer sagt, dass im Jahr 2010, nach einer erneuten Ausfinanzierung, das Geld nicht schon wieder weg ist? Es kann aber auch sein, dass viel zu viel Geld vorhanden ist. Aus diesem Grund würde ich nicht so reinschiessen, indem schon ausfinanziert wird. Die privaten Pensionskassen haben solche Möglichkeiten schlicht und ergreifend nicht.

Da die Situation auf der Anlagenseite noch viel zu inkonstant ist, weiss man eigentlich nicht, wohin die Reise gehen wird. Ich glaube noch nicht ganz daran, dass sich die Lage so schnell verbessern wird.

*Rainer Borer, Moderator:* Könnte man Ihrer Ansicht nach also noch etwas warten?

*Martin Dettwiler, PK Vista:* Man sollte nicht einfach dem Prinzip Hoffnung entsprechen. Bei einer Unterdeckung von 90 Prozent und weniger muss man sicherlich reagieren; die PK-BS hat sich einen Grenzwert von 95 Prozent gesetzt. Irgendetwas muss also geschehen. Ob aber schon zu Beginn so viel Geld fließen muss, ist nicht zwingend.

*Hans-Ulrich Stauffer, Geschäftsführer Stiftung Abendrot:* Dass saniert werden muss, gibt das Bundesgesetz vor. Die Massnahmen zur Sanierung, wie sie in der Verordnung vorgesehen sind, entsprechen in etwa den bundesgesetzlichen Vorgaben. Es muss saniert werden - die Frage ist nur: wie? Ich gehe mit dem Versicherungsmathematiker einig, dass der tiefe Deckungsgrad auf die Börsensituation Ende 2008 zurückzuführen ist. Die Lücke basiert ausschliesslich auf einer stichtagbezogenen Börsenbetrachtung. Alle Erfahrungen, auch jene aus der Dotcom-Krise, haben gezeigt, dass sich die Börse nach ein paar Jahren wieder erholt hat. Man bezieht diesen Aufschwung nicht ein, wenn man mit der vollen Differenz ausfinanzieren will. Wenn sich nämlich die Börse wieder nach oben bewegt, bedeutet dies gemäss dem Konzept, dass mit dem dritten Beitragszahler - den Erträgen aus beispielsweise Kursgewinnen - Wertschwankungsreserven gebildet würden. Das ist gut und recht; man muss aber wissen, ob man diese Vorgehensweise wünscht oder nicht.

Das Konstrukt ist insofern bestechend, da wir in der beruflichen Vorsorge in einem Dreiecksverhältnis sind: Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Vorsorge. Wie Sie wissen, sind Dreiecksverhältnisse immer ein bisschen kompliziert. Das Konzept sieht sehr einfache Strukturen vor: eine einmalige Ausfinanzierung, worauf einzig Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder gefordert sind. Die Pensionskasse ist mit einem solchen Konzept aus dem Schneider. Man muss aber bedenken, dass während zwanzig Jahren Sanierungsbeiträge von Arbeitgeber und Arbeitnehmer - eigentlich ein Abstottern eines Vorschusses, den der Kanton geleistet hat - zu leisten sind. Diese Frist ist extrem lang. Ich weiss nicht, wie attraktiv eine solche Lösung aus Sicht des Arbeitgebers ist.

*Rainer Borer, Moderator:* Sollte man diese Frist verkürzen oder eine weniger radikale Sanierung vorsehen?

*Hans-Ulrich Stauffer, Geschäftsführer Stiftung Abendrot:* Vielleicht wäre zu überlegen, ob mit kürzeren Etappen und Stufen gearbeitet werden könnte. Sollte die Börse innert drei Jahren wieder anziehen, sodass sich die Ertragslage wieder verbessert, sieht die Sache nämlich ganz anders aus. Dann wäre diese enorme Belastung während zwanzig Jahren nicht nötig.

*Werner Messmer, ehem. VR-Präsident PK:* Es gibt natürlich verschieden Möglichkeiten der Finanzierung. Die Hauptüberlegung war: Zum relativ willkürlich gewählten Stichtagsdatum wurde auf 100 Prozent ausfinanziert, wobei die Wertschwankungsreserve gefehlt hat; das hat der Verwaltungsrat damals im Vorfeld der Gesetzesrevision zu Protokoll gebracht; das war das Hauptproblem. Wenn man diese hohe Risikofähigkeit verlangt, dass man einen Ertrag von 4,6 Prozent erarbeiten muss, braucht es aus ökonomischen Gründen diese Wertschwankungsreserve.

Der Verwaltungsrat erachtet es als eine realistische Möglichkeit, diese tatsächlich zu äufnen. An sich handelt es sich um eine zweite Tranche der ersten Ausfinanzierung, die damals unvollständig gemacht worden ist.

*Hans-Ulrich Stauffer, Geschäftsführer Stiftung Abendrot:* Es besteht aber das Risiko, dass wir in zehn Jahren wiederum eine Unterdeckung haben werden, sodass man auf die bereits zwanzig Jahre dauernde Belastung eine weitere Belastung kommt.

*Werner Messmer, ehem. VR-Präsident PK:* Dieses Risiko besteht aber bei jeder Sanierungsmassnahme. Es würde aber diese Chance nicht geschaffen, diese 15 Prozent zu überbrücken.

*Martin Dettwiler, PK Vista:* Auch aus meiner Sicht ist diese Frist von zwanzig Jahren sehr lang. Angenommen, dass die Kasse in zehn Jahren wieder in einem Topzustand ist und über Schwankungsreserven und sogar freie Mittel verfügt: Wenn eine Person sich in zehn Jahren für eine Anstellung beim Staat interessiert und erfährt, dass er noch Sanierungsbeiträge zahlen muss, wird sie das nicht verstehen. Der Kanton Basel-Stadt hat schon jetzt Probleme, für höhere Kaderstellen Personal zu finden. Mit einer solchen Massnahme würde diese Situation noch verschlechtert.

Diese Frist von zwanzig Jahren ist für mich deshalb nicht realistisch. Wird diese Frist in der Tat durchgezogen, hat sie sicherlich langfristig negative Folgen; würde sie nicht durchgezogen und vergessen, wäre die paritätische Finanzierung nicht mehr gegeben.

*Rainer Borer, Moderator:* Würden Sie also darauf tendieren, eine weniger starke Ausfinanzierung vorzusehen, die weniger ambitiös wäre?

*Martin Dettwiler, PK Vista:* Ja. Das Fehlen der Wertschwankungsreserve war im Vorfeld, als das Gesetz beraten wurde, dem Rat bekannt. Aus diesem Grund gibt es den Paragraph 55 mit einer temporären Staatsgarantie. Die ist bis jetzt noch nicht thematisiert worden. Es wäre auch vorstellbar, dass auf dem fehlenden Ertrag auf diesem Vermögen, das weggefallen ist, vom Staat ein Zins gezahlt würde. Das könnte ebenfalls eine Sanierungsmassnahme sein, die nicht so viel Geld beanspruchen würde.

*Rainer Borer, Moderator:* Ich möchte auf einen anderen Aspekt zu sprechen kommen. Insbesondere bürgerliche Politiker sagen, dass die Opfersymmetrie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit diesem Modell nicht gewährleistet sei. Würden Sie eine solche Aussage unterschreiben, Martin Dettwiler?

*Martin Dettwiler, PK Vista:* Ich habe einfach Zweifel, dass eine solche Symmetrie vorherrschen wird. Wenn eine solche Massnahme über diese lange Zeit durchgezogen würde, hätte dies negative Konsequenzen bei der Rekrutierung bezüglich neu zu besetzender Staatsstellen. Ich gehe davon aus, dass man das Ganze in fünf bis zehn Jahren begraben wird.

*Hans-Ulrich Stauffer, Geschäftsführer Stiftung Abendrot:* Wenn eine solche Sanierung entsprechend den Anträgen umgesetzt wird, sieht es anders aus. Meiner Ansicht nach ist aber der Weg extrem lang. Wenn man bei Pensionskassen von Sanierungen spricht, spricht man von Zeiträumen von fünf bis sieben Jahren. Das Gesetz setzt keinen konkreten Zeitraum fest. Einzig die Ascoop, Pensionskasse des Personals schweizerischer Transportunternehmen, hat das ehrgeizige Ziel, eine Deckungslücke von 28 Prozent in 17 Jahren zu schliessen. Hier spricht man aber von anderen Dimensionen.

*Werner Messmer, ehem. VR-Präsident PK:* Die Verschlechterung der Situation des Arbeitgebers wäre ja bei jeder anderen Sanierungsform noch extremer. Arbeitnehmer, die neu zum Kanton kämen, kommen ja auch aus Pensionskassen, die wahrscheinlich in den nächsten Jahren auch Sanierungsbeiträge einfordern. Ob diese Mitarbeiter diese Beiträge dort oder hier zahlen, ist wohl kein grosser Unterschied. Das ist durch das System der Kapitaldeckung so gegeben. Insofern sind diesbezügliche Aussagen etwas zu relativieren.

Da man bei den Pensionskassen von längeren Zeiträumen ausgeht; im Gemeinwesen spricht man gar von Perennität. Man hätte damals nicht auf eine 100-prozentige Ausfinanzierung setzen müssen und hätte durchaus auch einen Teil nichtfinanziert belassen können. Ich möchte daran erinnern, dass in den 1990er Jahren massiv Geld gespart worden ist. Wie Prof. Peter Kugler erwähnt hat, haben die Staatshaushalte damals Defizite gemacht. Ich verfolge die Situation dieser Pensionskasse schon seit bald vierzig Jahren, seit vielleicht fünfzehn, zwanzig Jahre aktiver. Ich habe gesehen, wie der Zeitgeist und die Budgetsituation jeweils ihren Einfluss gehabt haben. Damit möchte ich sagen, dass, wenn man aufgrund dieser Frist von 19 Jahren von Verwässerung spricht, ich darob meine Zweifel habe. Wenn das im Gesetz steht, wird das so zu handhaben sein.

*Beat Jans (SP):* Es drängt sich eine Frage auf, sollte das Traumszenario eintreffen, wonach sich die Böse in kurzer Zeit erholt, sodass es gar möglich wird, bis in zehn Jahren Wertschwankungsreserven auszubauen, und sollte man für weitere zehn Jahre diese Sanierung abstottern müssen: Was würde die Pensionskasse im Falle des Eintreffens dieses Szenarios? Welche Möglichkeiten hätte sie, hierauf zu reagieren?

*Werner Messmer, ehem. VR-Präsident PK:* Die erste Bedingung ist vom Gesetz her, dass der fehlende Teuerungsausgleich aus freien Mitteln bezahlt werden kann. Ich gehe davon aus, dass man mit diesen freien Mitteln auch eine vorzeitige Rückzahlung vornehmen kann. Ich hoffe allerdings nicht, dass es zehn Jahre dauert, bis das möglich würde. In den vergangenen zehn Jahren mussten wir nämlich zwei Börsencrashes verkraften. Daher hoffe ich, dass eine solche Möglichkeit einer vorzeitigen Rückzahlung sich innert kürzerer Zeit anbietet. Alle anderen Anlagen sind nämlich stabiler und berechenbarer. Wir sind aber den Schwankungen der Aktienmärkte ausgesetzt. Da hat man offenbar - ich habe das schon bei früheren Diskussionen eingebracht - keinen besseren Mechanismus, um diese Schwankungen abzufedern. Wir können diese Renditen zwar nicht ohne Risiko erwirtschaften. Das Risiko ist allerdings nicht abgedeckt. Der Grosse Rat wird sich mit diesen Fragen zu befassen haben.

*Baschi Dürr (FDP):* Ich möchte auf die Frage von Beat Jans reagieren, in welcher ich einen Gedankenfehler geortet habe. Hans-Ulrich Stauffer hat erwähnt, dass mit der Ausfinanzierung aus dem Dreiecksverhältnis Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Vorsorge ein Zweiverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird. Darin sehe ich die Gefährlichkeit dieses Konstrukts. Denn im Moment, an dem die Kasse ausfinanziert ist, muss die Schuldentilgung weiterlaufen, auch wenn der Deckungsgrad Höhen von 120 Prozent oder höher erlangt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden der Kasse immer noch sehr viel Geld schulden.

*Werner Messmer, ehem. VR-Präsident PK:* Eine Bemerkung hierzu: Wenn tatsächlich dieser Fall eintreten sollte, dass die Börse sehr stark anzieht - was natürlich toll wäre -, könnten die Beiträge des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers wieder reduziert werden. Die hohen Erträge würden zu einer Reduktion der Rückzahlungsbeiträge beitragen. Die Beiträge wären paritätisch zu reduzieren. Der Vorschuss des Staates wird zwar amortisiert und verzinst, sodass es möglich sein sollte, eine solche Mechanik spielen zu lassen.

*Aeneas Wanner (GLP):* Ich tue mich ein bisschen schwer mit dieser Interpretation. Es wird gesagt, dass die Börse sich jeweils nach einer Krise erholt habe. Ich frage mich, ob die aktuelle Krise tatsächlich mit der Dotcom-Krise vergleichbar ist; persönlich bezweifle ich das. Wenn man schon mit Blick auf die Vergangenheit Aussagen für die Zukunft macht, muss man bedenken, dass fast jeder Zyklus rund sieben Jahre gedauert hat. Wäre damit nicht auch abzuleiten, dass man innerhalb von sieben Jahren sanieren müsste?

*Martin Dettwiler, PK Vista:* Aus dieser Überlegung ist es meines Erachtens zu früh, jetzt schon so viele Mittel einzuschliessen, da die Situation zu unsicher ist. Das Geld kann morgen schon wieder verloren sein.

*Hans-Ulrich Stauffer, Geschäftsführer Stiftung Abendrot:* Wir haben verschiedentlich gehört, dass der Druck der Beitragszahler bestehe. Im Grundsatz ist klar, dass hinten nicht mehr an Renten rauskommen kann, als vorne reinkommt. Eine Person, die beim Kanton ein Arbeitsverhältnis antritt, hat vom ersten Tag an eine Gutschrift in der Höhe des technischen Zinssatzes auf seine Beiträge an die Pensionskasse - das ganze Leben, bis er stirbt. Der technische Zinssatz beträgt 4 Prozent und 4,6 Prozent müssen erreicht werden, um diesen Wert zu erreichen. Das ist eine sehr sportliche Marke, durchschnittlich eine Performance von 4,6 Prozent zu erreichen oder erreichen zu müssen. Ich weiss nicht, wie lange das gut gehen kann. Ich sehe nur, was an den Märkten erreicht werden kann. Es gibt schon Jahre, in denen man eine Performance von 7 oder 8 Prozent erreicht; im letzten Jahr betrug die Performance aber -10 Prozent. Ich weiss nicht, ob die Frage der Höhe des technischen Zinssatzes nicht auch andiskutiert werden müsste. Ist es wirklich möglich, langfristig diese Rendite zu erzielen?

*Martin Dettwiler, PK Vista:* Ich möchte klarstellen, worauf sich diese 4,6 Prozent beziehen. Dieser Wert bezieht sich auf eine Deckung von 100 Prozent. Fällt man unter diese 100 Prozent, muss man nicht den Wert von 4,6 Prozent erreichen, sondern mehr, während bei einem Deckungsgrad über 100 Prozent weniger erwirtschaftet werden muss.

*Werner Messmer, ehem. VR-Präsident PK:* Ob der technische Zinssatz bei einem Wert von 4 Prozent zu hoch angesetzt ist, ist natürlich eine politische Frage. Wir müssen auf diesem schmalen Grat wandeln. Boshaft gesagt ist die Basler Pensionskasse ein Hedge-Fonds für den Kanton und die Destinatäre. Ein Teil der Anlagen ist diesen starken Schwankungen unterworfen. Wenn eine zweite Tranche einer Ausfinanzierung käme, würde man wie bei der ersten die Gelder sehr vorsichtig investieren. Das ist ganz klar.



*Remo Gallacchi (CVP):* Werner Messmer, haben Sie sich überlegt, ob man die CHF 600 Mio. vom Staat, vom Arbeitgeber vielleicht auf fünf oder sechs Jahre verteilen könnte, anstatt das in einem Zug zu machen?

*Werner Messmer, ehem. VR-Präsident PK:* Im Prinzip wäre dies möglich. Bei der ersten Ausfinanzierung wurde das Geld auch nicht in einem Zug überwiesen, sondern in Tranchen. Das wäre also ohne weiteres möglich. Es stellt sich einfach die Frage, wie man erreichen kann, über die 100 Prozent Deckung zu kommen.

*RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD):* Es ist nicht Ziel dieser Sanierung und Ausfinanzierung, alles sofort zu überweisen; es ist Ziel, dass der Zinssatz 4,6 Prozent beträgt; es ist nicht das Ziel, dass es zwanzig Jahre dauert. Es handelt sich um eine Abwägung des Möglichen. Ob man diese Rückstellung während mehreren Jahren einschiesst, wird es aufs Ganze gesehen sicherlich teurer, unabhängig von diversen Performance-Szenarien. Die Performance an der Börse müsste unglaublich hoch sein, damit der Gesamtbetrag nicht eingeschossen werden muss. Nach unseren Berechnungen ist es schlussendlich kostengünstiger, die Summe als Ganzes einzuschiesen und abzuzahlen.

Dass das zwanzig Jahre dauern soll, finden auch wir nicht super. Diese lange Frist ist eine Frage der zumutbaren jährlichen Belastung. Würde man die Frist auf zehn Jahre verkürzen, wäre die jährliche Belastung entsprechend deutlich höher; für den Arbeitnehmer wie auch für den Arbeitgeber. Diese lange Frist ist nicht das Wunschziel, aber die wahrscheinlich vernünftigste Lösung.

Was den technischen Zinssatz betrifft, ist zu sagen, dass eine Senkung des Zinssatzes ebenfalls kostet. Würden wir den Zinssatz jetzt um 1 Prozent senken, würde die Deckungslücke vergrössert, sodass wir rund CHF 500 Mio. zusätzlich aufbringen müssten, um diese Lücke ausfinanzieren zu können.

Der vorliegende Vorschlag basiert auf der Überlegung, dass man die Kosten der verschiedenen Varianten verglichen hat. Bei einer Staatsgarantie herrschte nicht Einigkeit darüber, wie die eingesetzt werden müsste. Es wurde aber gesagt, dass damit die Verpflichtung verbunden sein könnte, die Deckungslücke zu verzinsen. Das wären aber 4,6 Prozent, die zu zahlen wären. Finanzieren wir aus, so bezahlen wir 3 Prozent Amortisation und Verzinsung, weil wir zu diesem tiefen Zins das Geld aufnehmen können. Wir ziehen es also vor, den tieferen Zins zu zahlen; zudem wird bei dieser Variante erst noch die Kasse ausfinanziert. Die Erträge der Börse können dann auf 100 Prozent erreicht werden, anstatt nur auf 85 oder 90 Prozent. Wie gesagt worden ist, bezieht sich der technische Zinssatz auf die 100 Prozent; sind wir weiter unten, müssen wir eine höhere Performance erreichen.

*Sebastian Frehner (SVP):* Wir haben gehört, dass die Schiefelage der Pensionskasse aufgrund der schlechten Börsenlage resultiert und dass sie nicht auf strukturelle Probleme zurückgehe. Nun sprechen wir aber schon länger über den hohen technischen Zinssatz von 4 Prozent. Ist die Unterdeckung der Pensionskasse nicht doch auch auf die zu hoch angesetzte Leistungsfähigkeit zurückzuführen?

*Martin Dettwiler, PK Vista:* Auch wenn Werner Messmers Meinung hierzu ein klares Nein ist, bin ich der Ansicht, dass der technische Zinssatz auf einer Höhe von 4 Prozent viel zu hoch angesetzt ist. Die meisten Kassen rechnen mit 3,5 Prozent oder weniger. Natürlich kann man behaupten, dass aufgrund dieses hohen technischen Zinssatzes Leistungen versprochen werden, die eigentlich zu hoch sind. In diesem Sinne kann ich diese Frage mit Ja beantworten.

*Rainer Borer, Moderator:* Könnte die Umstellung auf das Beitragsprimat die Situation entschärfen?

*Martin Dettwiler, PK Vista:* Im Augenblick der Umstellung sicher nicht; auch langfristig nicht. Wenn man einen Franken Rente haben will, muss man über vierzig Jahre gleich viel aufwenden, unabhängig davon, ob das Leistungsprimat oder das Beitragsprimat gilt. Der Vorteil des Beitragsprimats besteht darin, dass man schneller bei den Aktivversicherten auf Krisensituationen reagieren kann. Man braucht nämlich auf diesen 3,4 Milliarden Deckungskapital nicht 4 Prozent draufgeben, sondern kann sagen, dass es mal eine Nullrunde gibt. Das ist zwar ein Leistungsabbau, ist aber das, was bei den meisten Unternehmen geschieht. Weil es nämlich noch zu früh ist, um etwas einzuschiesen, da die meisten Unternehmen das Geld hierzu gar nicht haben, beginnt man zunächst zu streichen, was noch nicht finanziert ist, worauf ein temporärer Abbau der anwartschaftlichen Leistungen folgt.

*Hans-Ulrich Stauffer, Geschäftsführer Stiftung Abendrot:* Das Beitragsprimat wäre auf jeden Fall flexibler. Es bietet aber auch weniger Sicherheiten bezüglich Leistungsziele. Mit dem Leistungsprimat ist man in einer komfortablen Situation, da man weiss, dass man bei der Pensionierung 60 bis 65 Prozent des versicherten Lohnes auf sicher hat, wobei vielleicht sogar die Teuerung ausgeglichen wird. Das ist natürlich eine Rolls-Royce-Lösung. Eine Minderheit der schweizerischen Pensionskassen funktioniert noch nach dem Leistungsprimat; die grosse Mehrheit funktioniert nach dem Beitragsprimat, wo man keinen Teuerungsausgleich auf den Altersrenten kennt. Wir wüssten nicht, wie das finanzierbar wäre.

*Helmut Hersberger (FDP):* Zu Recht wurde gesagt, dass es sich um eine Rolls-Royce-Lösung handelt in Bezug auf die Versicherten. Was nicht gesagt worden ist, ist, dass das auch eine Gefahren-Lösung für den Arbeitgeber ist, weil es an ihm ist, diese Garantien zu leisten.

Werner Messmer, Sie haben in Ihrem Vortrag betont, dass es sich nur um ein Anlageproblem handle, nicht aber um strukturelle Probleme. Lässt sich diese Aussage wirklich noch halten, wenn wir zum Beispiel berücksichtigen, dass wir mit einem technischen Zinssatz von 4 Prozent aggressiver als praktisch alle anderen Pensionskassen rechnen?

*Werner Messmer, ehem. VR-Präsident PK:* Es ist nicht so, dass die Basler Pensionskasse aggressiver am Markt agieren würde, das haben die Vergleiche mit den Pensionskassen der umliegenden Kantone gezeigt. Im Gegenteil. Ich bin gegenüber Begriffen wie Luxuskasse oder "Rolls-Royce-Lösung" sehr skeptisch eingestellt. Es handelt sich hierbei um Bestandteil der Lohn- und Anstellungsbedingungen. In den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren wurden diese permanent reduziert. Der Kaufkraftabbau hat nicht nur bei den Aktiven stattgefunden, sondern auch bei den Rentnern. Das ist klar. Bei diesem Vorschlag wurde der Teuerungsausgleich für die Rentner de facto abgeschafft. Es besteht nur die Chance, mit freien Mitteln da etwas nachzubessern.

*Hans-Ulrich Stauffer, Geschäftsführer Stiftung Abendrot:* Der schweizerische Trend ist klar: weg vom Leistungsprimat hin zum Beitragsprimat. Ich weiss nicht, ob man hier diese Büchse der Pandora öffnen möchte.

*Patrick Spuhler, Pensionsversicherungsexperte der Pensionskasse Basel-Stadt:* Zur Frage der Sicherheit möchte ich Folgendes sagen: 60 Prozent des Kapitals ist für die Renten reserviert, primatsunabhängig. Diese Risiken und Garantien sind zu tragen, was historisch bedingt ist. Man hat vielleicht in der Vergangenheit Fehler gemacht, indem man bei Auslagerungen von Betrieben deren Rentner bei der Kasse behalten hat. Für 40 Prozent des Kapitals gilt das Leistungsprimat. Hierzu steht im Gesetz: Arbeitnehmer und Arbeitgeber tragen je die Hälfte des Risikos. Das wurde von Ihnen so beschlossen.

## Reaktionen einzelner Grossratsmitglieder

[13.06.09 11:38:10]

*Rainer Borer, Moderator:* Welchen Punkt würden Sie als bedenkenswert bezeichnen?

*Sebastian Frehner (SVP):* Ich habe mich schon in der letzten Pensionskassenkommission für etwas eingesetzt, von dem wahrscheinlich viele denken, das es nicht der Meinung meiner Partei entsprechen. Ich war nämlich der Meinung, dass man Schwankungsreserven aufbauen sollte. Ich bin darin bestärkt worden, dass die Lösung, die wir getroffen haben, nicht tragfähig war.

*Elisabeth Ackermann (GB):* Ich denke, dass zwanzig Jahre eine in Bezug auf die Politik lange Zeit sind. Es könnten Sachen vergessen gehen.

*Beat Jans (SP):* Mir ging es ähnlich. Ich habe zudem die Kritik begriffen; zwar weniger aufgrund der Beiträge der Experten, sondern aufgrund des Beitrags von Baschi Dürr. Offenbar besteht nämlich der Glaube, dass man, falls die Kasse in eine gute Situation kommt, den Überschuss einseitig - nur aufseiten der Arbeitnehmer - verteilen würde.

Wir haben uns aber zur paritätischen Sanierung bekannt. Für uns ist klar, dass bei einer Verbesserung der Situation, die Überschüsse paritätisch zu verteilen wären; wie auch immer die Lösung aussieht. Es sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber paritätisch von einer Verbesserung profitieren können.

*Andreas C. Albrecht (LDP):* Zum Stichwort "Rolls-Royce-Lösung", das vom Kreis der Experten genannt worden ist. Meiner politischen Gesinnung gemäss ist die Kasse zu luxuriös ausgestaltet. Ich würde, falls ich es machen würde, anders machen. Ich bin aber bereit zu anerkennen, dass die Situation der Kasse das Ergebnis eines politischen Kompromisses ist. Es ist schon überdenkenswert - nachdem wir gerade eine politische Debatte hatten -, dass am Grundsatz an diesem politischen Kompromiss festhält, was bedeutet, dass man an der Parität festhält und am Vorschlag, der von Werner Messmer erläutert worden ist, vielleicht das eine oder andere korrigiert.

*Rainer Borer, Moderator:* Ist der eingeschlagene Weg einer Sanierung der richtige?

*Andreas C. Albrecht (LDP):* Ich kann grundsätzlich der Idee etwas abgewinnen, dass man sagt, dass man eine indirekte Sanierung macht, indem der Staat einen gewissen Geldbetrag einschiess und dies im Nachgang amortisiert und verzinst wird. Regierungsrätin Eva Herzog hat auf die finanzierungstechnischen Vorteile dieses Modells hingewiesen. Den Beitrag des Staates kann ich befürworten, auch dass die Rentner einen Beitrag leisten.

Zu kritisieren gilt es aber die Form, die jetzt für den Beitrag der Angestellten vorgeschlagen wurde. Dass nun die Lohnkurve um 1 Prozent unter das Niveau senkt, das man als das eigentlich richtige ansehen würde, entspricht natürlich nicht dem Grundsatz der Parität. Eine solche Massnahme wird niemals während 19 Jahren aufrechterhalten werden können; das ist vollkommen unmöglich. Aus diesem Grund wird man eine Möglichkeit suchen müssen, wie im quantitativ gleichen Umfang ein echter Sanierungsbeitrag geleistet werden könnte; und zwar nicht auf dem Wege eines Verzichts auf den Teuerungsausgleich. Ansonsten wird man das niemals während 19 Jahren durchhalten können.

Ich teile die Meinung der Experten, dass man zunächst einen kleineren Beitrag einschiessen und weitere Beiträge staffeln sollte, damit auch ein kürzerer Zeithorizont ins Auge gefasst werden könnte.

Ich bin also durchaus bereit, auf wesentliche Elemente dieses Vorschlages einzugehen. Ich äussere aber ganz fundamentale Kritik an der Form des Beitrages der aktiven Angestellten. Das muss noch überdacht und anders gemacht werden.

*Beat Jans (SP):* Ich finde gerade das eine Stärke des Modells. Da eine rasche Sanierung mit einer Lohnkürzung von 6 bis 7 Prozent verbunden wäre, muss man sagen, dass ein solches Vorgehen in der heutigen Zeit dumm wäre, es würde nicht Sinn machen. Die rasche Sanierung war übrigens ein Anliegen der Bürgerlichen; die SP hat immer gesagt, dass keine Eile bezüglich der Sanierung vorherrschen müsse, es wäre vielleicht besser, die Entwicklung ein bisschen zu beobachten.

Nun schlägt die Regierung eine Ausfinanzierung vor - was im Sinne der Bürgerlichen ist -, worauf die Bürgerlichen einen sehr hohen Beitrag der aktiven Versicherten fordern. Damit würde die Arbeitsmarktfähigkeit des Kantons geschwächt. Die Bürgerlichen müssen sich entscheiden, ob dies nun ein Problem ist oder nicht. Der Arbeitgeberverband hingegen macht sich Sorgen um die Arbeitsmarktfähigkeit des Kantons. Irgendwann verstehe ich nicht mehr, was die Bürgerlichen eigentlich wollen.

Es ist sehr wichtig, dass wir die Chance, die uns die Regierung gegeben hat, die Sanierung langsam anzugehen, nutzen.

*Andreas C. Albrecht (LDP):* Beat Jans hat in keiner Weise auf das geantwortet, was ich gesagt habe. Ich habe nicht gesagt, die Arbeitgeberbeiträge sollen 6 Prozent betragen. Ich habe gesagt, dass man die quantitative Zielgrösse ins Auge fassen könne; ich habe auch gesagt, dass es aber auf einem anderen Weg geschehen müsse. Das ist der Punkt. Zudem haben die Bürgerlichen auch nicht gesagt, dass man sofort alles ausfinanzieren müsse. Wir haben verlangt, dass sofort etwas gemacht werde.

Es ist wirklich zu begrüessen, dass der Verwaltungsrat das aufgenommen hat und das auch so sieht.

*Elisabeth Ackermann (GB):* Es ist sicherlich wichtig, dass wir das Paket, das wir vor zwei Jahren geschnürt haben, wieder aufschnüren, um neu zu beginnen. An dieser Lösung ist richtig, dass die Verteilung paritätisch geschieht; ich finde es wichtig, dass auch die Rentner und nicht nur die Aktiven beteiligt sind, weil die Aktiven ohnehin stark belastet werden. Ich finde es richtig, dass nicht alles auf den Schultern der Aktiven lastet.

Bezüglich der Ausfinanzierung bin ich ein bisschen skeptisch aufgrund der Börsensituation. Ich würde es vorziehen, wenn eine gestaffelte Ausfinanzierung ins Auge gefasst würde. Das muss noch einmal überdenken. Natürlich wäre die vorgeschlagene Lösung besser - falls sich die Börsenlage verbessert; wenn wir das Geld aber verlieren, ist diese Lösung teuer.

Bezüglich der Frist von zwanzig Jahren gilt es eine Lösung zu finden, die wirklich vollumfänglich umgesetzt wird. Sollten Überschüsse entstehen, sollten diese auch paritätisch zurückfliessen. Wir müssen das noch festschreiben, damit das wirklich so funktioniert.

*Rainer Borer, Moderator:* Sollte dieses Paket etwas kurzfristiger ausgestaltet werden?

*Beat Jans (SP):* Ich sehe in der langfristigen Rückzahlung durchaus eine Chance. Ich befinde mich mit dieser Meinung in guter Gesellschaft. Bundesrätin Doris Leuthard vertritt diese Meinung ebenfalls.

Es herrscht politisches Misstrauen bezüglich des Worst Case, weil unklar ist, was geschieht, wenn wir plötzlich gar kein Problem mehr haben. Ich kann hierzu nur sagen: a) Es wird eine Gesetzesdebatte brauchen, um eine solche Bestimmung wieder aufzuheben. b) Falls eintritt, dass wir eine Wertschwankungsreserve bilden konnten, sollten wir paritätisch entlasten. Dazu stehe ich.

*Andreas C. Albrecht (LDP):* Möglicherweise gehen unsere Meinungen gar nicht so weit auseinander. In einem entscheidenden Punkt unterscheiden sich unsere Ansichten. Was bedeutet die Umsetzung dieses Modell für die Lohnkurve? Das würde bedeuten, dass man entweder den Teuerungsausgleich von 1 Prozent nicht gewährt oder die Lohnkurve künstlich senkt. Das Lohnniveau beim Kanton als Arbeitgeber würde sinken. In diesem Sinne bliebe eine Gesetzesbestimmung nicht einfach in Kraft, sondern es entstünde eine leicht modifizierte Lohnkurve. Wir wissen aber aus der politischen Realität das Lohngesetz selbstverständlich alle paar Jahre einmal angeschaut wird und dass man generell über die Arbeitsbedingungen diskutieren wird. Es müsste, jedes Mal, wenn über den Lohn gesprochen wird, daran gedacht werden, dass man jeweils um 1 Prozent runtergehen muss, weil man im Jahr 2009 eine Sanierungsmassnahme beschlossen hat. Ein solches Vorgehen - wir kennen alle die politische Realität - ist vollkommen unrealistisch.

Diesen Beitrag muss man technisch so umsetzen, dass man im Pensionskassengesetz, beispielsweise in den Übergangsbestimmungen schreibt, dass es einen Zusatzbeitrag gibt, der vom Lohn abgezogen wird. Es wird wohl ein Abzug von 1,5 Prozent sein, wenn man das auf den versicherten Lohn bezieht. Dieser Abzug dient der Abzahlung des staatlichen Vorschusses. Im Portemonnaie wird sich das identisch auswirken - also kommt es nicht darauf an. Deshalb verstehe ich nicht, weshalb man hieraus eine Frage des Prinzips macht. Ich kann das nur so verstehen, dass einige Exponenten der Linke vielleicht die Hoffnung haben, dass man das tatsächlich vergisst. Das möchte ich verhindern.

*Sebastian Frehner (SVP):* Wahrscheinlich ist der Zeitpunkt gekommen, für die PK eine tragfähige Lösung zu suchen, weil die PK wahrscheinlich die Leistungen, die sie erbringen sollte, nicht erbringen kann. Es wären also die Änderung des Primats und Ähnliches vorzusehen.

Ich nehme aber an, dass ich hier in diesem Gremium in nützlicher Frist keine Mehrheiten finden werde. Wenn wir bei dem Kompromiss, den wir vor zwei Jahren fast alle unterstützt haben, bleiben wollen, ist klar, dass eine paritätische Lösung zu finden ist. Eine Frist von 19 Jahren sehen wir nicht als paritätische Lösung an; das haben wir schon in den Diskussionen gemerkt. Wenn es länger dauern sollte, müssten die Arbeitnehmenden einen zusätzlichen Beitrag leisten, weil ansonsten die Parität nicht gewährleistet wäre.

Zur Frage, ob über den Teuerungsausgleich oder über die Beitragshöhe, Folgendes: Hierzu teile ich die Meinung von Andreas Albrecht.

*Baschi Dürr (FDP):* Es geht eigentlich um 2 Prozentpunkte, da wir ja schon die Ausfinanzierung von 2007 so gemacht haben. Es kommt aber ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen Wegfall des Teuerungsausgleich und Erhöhung des Beitrages hinzu: Ändert man das wieder ab, indem man mehr Ferien gibt oder die Arbeitszeit verkürzt, läuft die Schuldentilgung dennoch automatisch weiter. Wenn wir ein Modell haben mit zusätzlichen Beitragsprozenten, kann auch das wieder diskutiert und das Gesetz geändert werden. Im Moment der Änderung bleibt aber die Schuld bestehen, sodass zu diskutieren wäre, wie die Schuldentilgung abgeschlossen werden kann. Man sieht das übrigens sehr schön in der Staatsrechnung 2008, in welcher die alte Sanierung noch läuft. Buchhalterisch gibt es keinen Zusammenhang mehr.

*Beat Jans (SP):* Ich möchte in Erinnerung rufen, dass die Pensionskasse ausgelagert worden ist, was auch ein Anliegen der bürgerlichen Parteien war. Die Finanzierungsmodelle werden also von der Pensionskasse vorgeschlagen - ich möchte das in Erinnerung rufen. Es ist diese paritätische Kommission, welche diese Politik betreibt. Meines Wissens ist dieser Entscheid einstimmig gefällt worden.

Wenn wir nun die Voraussetzungen für die Arbeit dieser Pensionskasse verändern, dann lösen wir den damals geschmiedeten Kompromiss einfach auf. Wir haben gesagt, dass es Sache der Kommission sei, Vorschläge zu machen. Sie macht nun Vorschläge, gute und vernünftige Vorschläge - vor allem: paritätische Vorschläge. Die Kommission hält sich an alle Vorgaben, die wir damals gemacht haben. Deshalb finde ich es fragwürdig, jetzt diese Diskussion wieder zu beginnen. Sebastian Frehner kommt sogar noch mit dem Beitragsprimat, obwohl wir heute von allen Experten gehört haben, dass diese Deckungslücke nichts mit der Primatfrage zu tun hat.

*Andreas C. Albrecht (LDP):* Wir haben selbstverständlich gesagt, dass der Verwaltungsrat der Pensionskasse grundsätzlich für die Geschäftsführung zuständig sei. Dass er einen Sanierungsvorschlag macht, ist deshalb richtig.

In der damaligen Kommission war es das bürgerliche Anliegen, dass der Verwaltungsrat selbstständig, in eigener Kompetenz Sanierungsmassnahmen auch hätte beschliessen dürfen. Von Ihrer Seite, Beat Jans, ist das bekämpft worden, indem Sie gesagt haben, dass das Parlament darüber entscheiden müsse, da es ja nicht sein könne, dass der Verwaltungsrat einseitig beschliessen könne, dass die Angestellten höhere Beiträge bezahlen müssen. Die von Ihnen geforderte Lage haben wir jetzt: Der Verwaltungsrat hat richtigerweise Lösungen ausgearbeitet. Ich bitte darum, zu anerkennen, dass meine Position den Vorschlag in allen wesentlichen Elementen gutheisst. Ich sage ja nicht, dass das Blödsinn sei, was da vorgeschlagen wird. Wenn aber das Parlament darüber entscheiden soll, wie die Sache läuft, kann man uns nicht den Vorwurf machen, wenn man am einen oder anderen Punkt des Vorschlages des Verwaltungsrates Kritik anbringt.

*Rainer Borer, Moderator:* Ich danke allen Experten und politischen Vertretern für die angeregte Diskussion.

## **Schlusswort**

[13.06.09 11:55:51]

*Patrick Hafner, Grossratspräsident:* Auch von meiner Seite spreche ich den herzlichen Dank an Rainer Borer für die exzellente Einhaltung des Zeitplanes.

Sie können alle hier gezeigten Präsentationen auf der Homepage des Grossen Rates abrufen.

Ich möchte allen Beteiligten danken. Insbesondere danke ich der Subkommission des Ratsbüros und dem Parlamentsdienst - allen voran Sabine Canton und Raymonde Morf Lange -, die alle eine sehr umfangreiche und nicht einfache Arbeit für die Vorbereitung dieser Sitzung geleistet haben.

Ich freue mich, dass wir die Gelegenheit haben, weiterführende Fragen bei einem Apéro zu vertiefen.

## **Schluss der 14. Sitzung**

11:57 Uhr

Basel, 4. Juli 2009

Patrick Hafner  
Grossratspräsident

Thomas Dähler  
I. Ratssekretär